

30 JAHRE

Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung



Globalisierung der Gerechtigkeit

INHALT

Über Treue und andere Nebensächlichkeiten – Karl Kumpfmüller	3
Kontinuierlich und konsequent – Hildegard Klug, Weltladen	4
Fruits of Solidarity – Sekondo Mgalla, FIDE	4
Grußbotschaft des MIRIAM-Bildungsprojekts – Doris Huber	5
Grußbotschaft des Centro de liderazgo y acción ciudadana – Marta Bonilla	5
Wie geht es weiter mit der Entwicklungspolitik – Franz Nuscheler	6
Global Europe – Partnerschaft oder Imperialismus? – Brigitte Kratzwald	13
Eine Kritik der politischen Ökologie des globalen Raumes – Elisabeth List	16
Warum ich bei der EVG bin... – Herbert Ruthofer	17
Unsere aktuellen Projekte:	
Unser Engagement für MIRIAM in Nicaragua und Guatemala	19
PROJEKT CEFILAC, Ecuador	20
PROJEKT ASONICMU, Nicaragua	21
CEDEFES – Dokumentationszentrum Eloy Ferreira da Silva; Brasilien	21
TANSANIA – Das Land unseres längstwährenden Projektpartners	22
UNSERE PROJEKTE in BABATI Region Manyara	23
WITWENWOHNSTÄTTEN in Tamil Nadu/Indien	24
PROJEKT NEEED, Yatenga/Burkina Faso	25
CHILD's SMILE – Thailand/Burma	26
Gerade gegen den Strich	27
FINANZBERICHT	28
Eine schöne Geschichte	29
Anmerkungen	29
Liste der Unterstützer und Buchempfehlungen	31

30 JAHRE EVG

30 Jahre Arbeit und Auseinandersetzung mit und in der Entwicklungspolitik. Manchmal mühsam, aber immer spannend und lohnend.

Wir möchten uns bei allen bedanken, die uns über diese langen Jahre die Treue gehalten und mit Ihren Beiträgen unsere Projekte so erfolgreich unterstützt haben.

Wir wünschen euch viel Vergnügen mit unserer „Jubiläumsausgabe“!

Über Treue und andere Nebensächlichkeiten

Auch noch nach 30 Jahren schätze ich mich glücklich, wenn schon nicht unmittelbar zu den Geburtshelfern, so zumindest doch zu den Wegbereitern der Erklärung von Graz zu zählen.

Als langjähriger Heimbewohner des AAI und enger Mitstreiter von Peter Pritz erinnere ich mich noch gut, wie uns Anfang der 70-er Jahre Regula Renschler von der Erklärung von Bern in einer Veranstaltung im Afro die Inhalte und Grundsätze ihres gerade gegründeten Vereins erläuterte.

Der auffälligste Wesenszug dabei war die völlige Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen und politischen Gruppierungen bis hin zur direkten Ablehnung öffentlicher Subventionen, anstatt dessen die ausschließliche Eigenfinanzierung durch Selbstbesteuerung – um ja nicht in Abhängigkeit von Parteien, Kirchen, Staat und Interessensverbänden zu geraten. Nur so könne radikale Anwaltschaft für die Dritte Welt gelingen und glaubwürdig bleiben.

Soviel Schweizer „Freisinnigkeit“ war uns fremd, und dennoch beeindruckte mich diese Haltung sehr, machte sie doch sehr deutlich auf die Gefahr aufmerksam, dass alternative Bewegungen, sobald sie erfolgreich sind, sehr rasch von einer großen, mächtigen Ideologie oder Institution (Partei, Staat, Kirche...) vereinnahmt oder zumindest mittels finanzieller Zuwendungen gefügig gemacht und damit in ihren Grundanliegen entwertet werden.

Auch Peter Pritz muss sich diese Warnung zu Herzen genommen haben, indem er bewusst außerhalb von AAI und Katholischer Hochschulgemeinde eine wirklich unabhängige Bewegung für die fundamentalen Rechte der Ausgebeuteten und Geschundenen dieser Erde ins Leben rief.

Heute, nach 30 Jahren, ist es eine Wohltat zu sehen, dass sich diese Grazer Erklärung selbst treu geblieben ist und ihr Fähnchen nicht nach dem Wind zeitgeistiger Strömungen und ideologischer Moden gerichtet hat. Ich wage zu behaupten, wäre sie im viel bequemeren Dunstkreis von KHG und AAI verblieben, hätte wahrscheinlich auch sie ihr politisches Engagement und die eigenen Prinzipien der aktiven Toleranz und praktizierten Anwaltschaft für gesellschaftlich Diskriminierte zugunsten eines unverbindlichen Multi-Kulti-Eventmanagements längst aufgegeben – ich verweise nur auf die skandalöse Verhinderung einer langjährigen bewährten Mitarbeiterin als Afro-Geschäftsführerin aufgrund ihres muslimischen Backgrounds. Während inzwischen selbst bei den „Grünen“ die gelebte Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“ an letzter Stelle in ihren Programmen und politischen Handlungen steht, bestimmen bei der EVG zahllose konkrete Hilfsprojekte in der sich immer weiter ausbreitenden Dritten Welt und der politische Einsatz für Benachteiligte den Hauptinhalt ihrer Tätigkeiten. Wie hilfreich und nützlich diese sind, konnten u. a. meine Studentinnen im Global Studies-Programm in äußerst unbürokratischer, direkter Form erfahren: ohne diese spontane Hilfe wäre ihr Projekt für burmesische Flüchtlingskinder in seiner Existenz gefährdet gewesen.

30 Jahre Erklärung von Graz

Die Erklärung von Graz ist sich selbst und ihren Prinzipien treu geblieben – ein schöneres Kompliment kann man einer politischen Bewegung zu ihrem 30. Gründungsfest nicht machen, findet

Euer Karl A. Kumpfmüller

KONTINUIERLICH UND KONSEQUENT

mit diesen positiven Eigenschaften müssen wohl die Frauen und Männer der Erklärung von Graz ausgestattet sein, um den 30. Geburtstag feiern zu können!

30 Jahre Selbstbesteuerung, Bildungsarbeit hier in Graz und das professionelle Auftreiben von öffentlichen Geldern für Menschen im Süden bewundere ich sehr – zumal noch viele Mitglieder von der ersten Stunde an sehr aktiv mit dabei sind. Dieser Geburtstag erinnert mich wieder an die ersten „Werke“ der „Erklärung von Graz“: Die Initiierung und den Aufbau des Grazer Weltladens, einer der ersten Weltläden – der Fachgeschäfte für den Fairen Handel – in Österreich! Durch diese gemeinsame Geschichte und das Einsetzen für die gleichen Anliegen haben die „EVG“ und die Grazer Weltläden regelmäßig Kontakt und ich drücke es einfach und kurz aus: Ich bewundere und schätze eure Arbeit sehr und wünsche für die nächsten Projekte viel Erfolg!

Hildegard Klug
Grazer Weltläden

FRUITS OF SOLIDARITY

Friends In Development (FIDE) was established in 1992 and as a young NGO contacted various organizations for support – Erklärung von Graz für Solidarische Entwicklung being one of them.

In the mid nineties cooperation started with this enthusiastic development group of Graz, Austria commonly referred here as EVG. They had common visions and values with those of FIDE. For Instance EVG and FIDE believe that poverty can be eradicated by supporting development initiatives by poor communities in the south. In most cases these initiatives are in the form of small scale projects run by families and communities in the rural areas. When successfully done, these projects can contribute to remove development obstacles facing people.

It is from this spirit of common vision that FIDE and EVG worked together to bring positive changes over the years. Through the facilitation of the tireless lady, Mag.^a Burghild Gerhold, FIDE was able to improve from few interventions in 1995/96 to large projects in 2008.

In the 14 years of collaboration, EVG has supported FIDE in the following areas:

- Agriculture development (dairy farming)
- Environment (soil conservation, tree planting)
- Energy (biogas, efficient wood stoves)
- Education (Kindergarten)
- Domestic water supply
- Women advancement (entrepreneurship skills, nutrition and child care)
- Capacity building of the partner

In order to achieve impact, the area of operation was confined to six villages namely Halla, Nangara, Managhat, Singe, Endanoga and Gallapo in Babati district with a total population of approximately 16.000 people. These people benefited in one way or another from the collaboration. For example about half of the population received training in one form or another through programs – in particular on the subjects of land and water conservation resulting in increased food production...

Other major achievements – about 960 families are now getting clean water at less than 400 metres from their home steads through the three domestic water projects supported by EVG.

In Nangara a Kindergarten was constructed by a group of women with the support of EVG in 1998. Up to now more than 600 pupils have benefitted from this school.

On agriculture development two farmer groups in Halla and Nangara are now stronger and have been able to improve their livelihood. Families producing milk from the dairy cattle keeping project have now reached 60 from the initial 20, three years ago. An average of 500 litres of milk is being sold to consumers in Babati town everyday thus increasing family income.

As for FIDE, the partnership has enabled us to grow over the years to a strong local NGO with increased capacities and respect among the people in Babati. We look forward to continued successful partnership with the Austrian people through EVG.

It has been a fruitful cooperation

Sekondo Mgalla, Director of FIDE

Grußbotschaft für die Festschrift der EvG von MIRIAM-Bildungsprojekt zur Frauenförderung

Im Namen aller Mitarbeiterinnen und vor allem der vielen Frauen und Mädchen, die MIRIAM in all den Jahren der Zusammenarbeit mit der Erklärung von Graz unterstützen konnten, meine herzlichen Glückwünsche zum Geburtstag ¡FELIZ CUMPLEAÑOS!

Unser gemeinsamer Weg begann im Jahr 1992, als Burgi Gerhold für ein Jahr an der Landwirtschaftsuniversität UNA in Managua Englischunterricht gab. In der Zeit lernte sie das MIRIAM-Projekt kennen und schätzen und da wir die gleichen Ziele und Werte in der Entwicklungszusammenarbeit teilten, beschloss die Erklärung von Graz das Stipendienprogramm von MIRIAM für Frauen zu unterstützen.

Seitdem ist MIRIAM deutlich gewachsen. Ausgehend vom Stipendienprogramm in Nicaragua, entwickelten ehemalige Stipendiatinnen weiterführende Projekte für die Rechte von Frauen und Mädchen, für Gleichberechtigung und gegen innerfamiliäre und sexuelle Gewalt. Und als das Stipendienprogramm von MIRIAM auch auf Guatemala unter spezieller Berücksichtigung von Maya-Studentinnen aus ländlichen Gebieten ausgeweitet wurde, konnten wir auf die tatkräftige Unterstützung der Erklärung von Graz in Zusammenarbeit mit der Landesregierung Steiermark zählen. Viele Stipendiatinnen sind heute Anwältinnen, Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen oder Ingenieurinnen, haben einen qualifizierten Arbeitsplatz und verwirklichen so die Botschaft und die Werte von MIRIAM in ihrem persönlichen, sozialen und beruflichen Umfeld. Auch in ihrem Namen möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank ausdrücken!

MIRIAM hat sich für die Zukunft weitere Ziele gesetzt. Wir wollen die Projektarbeit in Nicaragua und Guatemala konsolidieren und die Bereiche Ausbildung und Berufsbildung für Frauen und Mädchen sowie die Rechtsberatung und psychologische Betreuung speziell in ländlichen Gebieten und den Einsatz für Frauenrechte in Koordination mit Organisationen der Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen verstärken.

Alles Gute für eure zukünftige Arbeit, viele weitere Jahre und Erfolge der Erklärung von Graz, und ein herzliches ADELANTE von MIRIAM!

Die Nord-Süd-Solidarität der “Erklärung von Graz” bringt Kindern und Jugendlichen in Riobamba (Ecuador) Freude und ein Leben mit Grundrechten

Die Solidarität zwischen den Völkern kann Grundrechte, die durch die schlechte Verteilung des Reichtums und die Korruption der Verwaltung in Ecuador verletzt werden, wiederherstellen. Dies hat die kontinuierliche und entschlossene finanzielle und moralische Unterstützung der „EvG“, zuletzt für das Projekt “Centro de liderazgo y acción ciudadana”, unter Beweis gestellt.

In diesem Projekt haben wir während der letzten vier Jahre Kinder und Jugendliche aus armen Milieus (darunter auch Straßenkinder/-jugendliche) kontinuierlich in ihrem Alltag begleitet. Wir konnten beobachten, wie sie allmählich in ihrem Selbstwert wuchsen, wie sie als Gemeinschaft zusammenwuchsen und begannen, von ihrem Grundrecht der Partizipation in ihrem Alltag Gebrauch zu machen: indem sie eigene Meinungen äußern, eigene Ideen entwickeln, persönliche und gemeinschaftliche Entscheidungen treffen. Sie haben ihre kulturelle Identität auf neue Weise entdeckt,

etwa indem sie mit den vorhandenen Recycling-Materialien „neues“ Spielzeug kreieren. Sie spielen nun Musikinstrumente, singen und tanzen, sie feiern das Leben. Sie übernehmen Verantwortung für Gemeinschaftsaktionen zugunsten ihrer Stadtviertel bzw. ihrer Landgemeinden, sie haben mit dem Aufbau einer Gemeinschafts-Bank begonnen, sie leiten selbst neue Kinder- und Jugendgruppen. Sie sind in ihrem Bewusstsein gewachsen, sie wissen, was sich in ihrer Realität abspielt.

Entwicklungsprozesse wie die beschriebenen zu begleiten ist nicht immer leicht – das Bewusstsein und die Herzen der Kinder und Jugendlichen, wie auch der Eltern zu bilden bleibt eine ständige Aufgabe und erfordert viel Ausdauer. Etwa wenn wir versuchen, die Eltern zu sensibilisieren und Haltungsänderungen herbeizuführen, die der körperlichen, psychischen und verbalen Gewalt ein Ende bereiten. Eine Ausdauer, zu der uns auch die „EvG“ durch ihre kontinuierliche Zusammenarbeit ermutigt hat.

So hat dieses Projekt wie auch frühere Projekte im Bereich der Bildungsarbeit und der Gewaltfreiheit, die von der „EvG“ unterstützt worden waren, zu mehr Autonomie und Selbst- und Rechtsbewusstsein an der Basis beigetragen.

Auch wir hier in Ecuador sind in Feststimmung, weil wir uns als Teil der „EvG“ fühlen. Im Namen der Kinder und Jugendlichen, die wir in den vergangenen Jahren in ihrer Entwicklung begleiten durften, sage ich aus ganzem Herzen „danke“. Zu eurem 30jährigen Bestehen, das Ausdruck eures Engagements und eurer Ausdauer ist, wünschen wir euch alles Gute. Möge Gott euch alles vergelten was ihr tut und euch noch viele Jahre für eure schöne Aufgabe geben.

Freude, Liebe und Frieden,

Martha Bonilla

Projektpartnerin der „EvG“ in Ecuador

WIE GEHT ES WEITER MIT DER ENTWICKLUNGSPOLITIK?

Franz Nuscheler

Die Titelfrage deutet schon an, dass es skeptische Fragen gibt, was die seit einem halben Jahrhundert organisierte und mit viel Geld ausgestattete internationale Entwicklungspolitik bewirkt hat. Je nach Berechnung – und es ist schon umstritten, was aufgrund welcher Kriterien zur ODA (*Official Development Assistance*) oder „Entwicklungshilfe“ gezählt werden kann – schwanken die Zahlenangaben zwischen 1,5 und 2,3 Billionen US-Dollar. Diese aus unzähligen Erfolgskontrollen erwachsene Skepsis wirft natürlich auch Fragen nach der Zukunft der Entwicklungspolitik auf: Was hat sie falsch gemacht und was soll und kann sie anders und besser machen? Welchen neuen Aufgaben muss sie sich unter den Bedingungen der Globalisierung stellen, die ganz andere sind als die geostrategischen Determinanten des Kalten Krieges, die ihre Entstehungs- und Frühgeschichte geprägt haben?

Es gab immer Kritik an der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Es fand geradezu ein Wettbewerb zwischen möglichst deftigen Bankrotterklärungen statt, die vom beliebten Wortspiel „Die Hilfe hilft nicht“ bis zu ihrer Verteufelung als „tödliche Hilfe“ reichten. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde zwar die Einbettung der Entwicklungspolitik in das geostrategische Instrumentarium dieses globalen Konfliktszenarios überflüssig, aber die neuen entwicklungspolitischen Paradigmen und Imperative – wie die Förderung von *Good Governance*, partizipativer und nachhaltiger Entwicklung – konnten gewachsene und lange von außen protegierte Herrschafts- und Sozialstrukturen nicht schnell und substantiell verändern. Die strukturellen Hypothesen des Kolonialismus vermengten sich mit den destruktiven Hypothesen des Kalten Krieges.

Die Provokation des Big Push

Auf dem zur Jahrtausendwende in New York veranstalteten Millennium-Gipfel verkündete die Staatengemeinschaft einen entschlossenen „Krieg gegen die Armut“. Die Vereinten Nationen verdichteten die Millennium-Erklärung auf die acht MDGs (*Millennium Development Goals*), die bis zum

Jahr 2015 die schlimmsten Formen der Armut überwinden oder zumindest entschärfen sollten.¹ Die Kampagnen von Stars des musikalischen Showgeschäftes (Bono, Bob Geldorf, Herbert Grönemeyer) am Rande von G8-Gipfeln verliehen dem Slogan „*Make Poverty History*“ einen breitenwirksamen moralischen Nachdruck.

Es war aber vor allem die Forderung des US-Ökonomen Jeffrey Sachs, durch massive Kapitalspritzen (*Big Push*) die Verwirklichung dieser MDGs zu ermöglichen, die in der Entwicklungsforschung und entwicklungspolitisch interessierten Öffentlichkeit heftige Kontroversen auslöste. Der *Big Push* provozierte eine neue Spezies der Wirkungsforschung, die mit großem statistischem Aufwand zu erkunden versuchte, was das Projekt „Entwicklungshilfe“ bisher bewirkt hat und ein *Big Push* von viel mehr Geld aufgrund von Erfahrungen bewirken könnte. Ihre Erkenntnisse brachten die nationalen und internationalen Entwicklungsbürokratien in Argumentationsnöte.

Die in der entwicklungspolitischen Debatte ausgetragenen Kontroversen fanden auch in den Medien eine breite Resonanz, vor allem dann, wenn sich die Kritik für Schlagzeilen eignete. Dies galt besonders für den (deutschen) Buchtitel „Wir retten die Welt zu Tode“. Sein Autor, der US-Ökonom William Easterly, der 16 Jahre lang für die Weltbank arbeitete und deshalb mit der von ihm sogenannten „Hilfsindustrie“ bestens vertraut ist, profilierte sich nun mit einem gehörigen Schuss Polemik als Kontrahent seines prominenten Kollegen Jeffrey Sachs.

Das in den Medien viel zitierte Fazit des Buches lautet: „Doch nach 60 Jahren und unzähligen Reformprogrammen für Hilfsorganisationen, Dutzenden verschiedener Pläne und Zahlungen in Höhe von 2,3 Billionen Dollar hat die Hilfsindustrie ihr hehres Ziel noch immer nicht erreicht.“² Er qualifizierte das Millennium-Projekt von Jeffrey Sachs, das auch Afrika mit einem mehrfachen Kapitaleinsatz aus der Massenarmut zu befreien versprach, kurzerhand als „Legende vom *Big Push*“ ab. Easterly erregte auch deshalb so viel Aufsehen, weil er das bisher praktizierte System der von außen diktierten und finanzierten Entwicklung grundsätzlich in Frage stellte und stattdessen auf die Mobilisierung der inneren Selbstheilungskräfte setzte – also auf ein Modell, für das Muhammad Yunus 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Die Verteidigung der Entwicklungspolitik ist schwieriger geworden

Kritische Wortmeldungen von dort, wo die „Entwicklungshilfe“ helfen sollte, verschärften die Zweifel an ihren Wohltaten. Als kritische „Stimme des Südens“ fand vor allem der Ökonom James Shikwati aus Kenia in deutschen Medien ein publizistisches Forum. Indem er der westlichen „Fehlentwicklungshilfe“ anlastete, weit mehr geschadet als genutzt zu haben, goss er – zumal als Afrikaner – auch hierzulande Öl ins Feuer der Kritik.³ Er dient nun vielen Kritikern als angeblich „authentischer“ Kronzeuge.

Auch so ein besonnener Afrika-Kenner wie Bartholomäus Grill stellte nun in „Die Zeit“ die nachdenkliche Frage: „Wofür das Ganze?“ Und er gab selbst die Antwort: „Doch in den vergangenen 50 Jahren hat Entwicklungshilfe wenig gebracht.“⁴ Immer wieder war und ist in der Debatte über die Wirksamkeit externer Hilfe auch das Argument zu hören und zu lesen, dass einerseits die heutigen Schwellenländer, allen voran die ostasiatischen „Tiger“, ihren spektakulären Sprung aus der Unterentwicklung nicht der Auslandshilfe, sondern eigenen Anstrengungen und klugen Entscheidungen von „starken Staaten“ zu verdanken hätten, andererseits viele arme Länder trotz – oder gar wegen – massiver Auslandshilfe arm geblieben oder sogar ärmer geworden seien.

Auch die Weltbank, die mit ihrem hochkarätigen Expertenstab die entwicklungspolitische Agenda dominiert, kam in Argumentationsnöte. In einer 1998 vorgelegten Studie versuchte sie, Antworten auf die von ihr selbst gestellten Fragen zu finden: „What Works, What Doesn't, and Why?“ Ein Meisterwerk ihrer PR-Arbeit war ihre salomonische Antwort: „Foreign aid in different times and different places has been highly effective, totally ineffective, and everything in between.“⁵

Eine Literaturrecherche förderte bereits im Jahr 2005 rund 100 empirische Studien über die Wirksamkeit der Auslandshilfe zutage.⁶ Die ökonometrische Wirkungsforschung wurde zu einem neuen Schwerpunkt der Entwicklungsökonomie. Sie erforschte mit allen Raffinessen der Statistik vor allem ihre Auswirkungen auf das quantifizierbare Wirtschaftswachstum, ignorierte dabei aber für die Entwicklung nicht minder wichtige, aber schwer ermessbare Trends. Obwohl sie einen großen Aufwand mit Bergen von Daten betrieb, kam sie dennoch nicht zu „robusten“ Erkenntnissen. Von solchen ist erst dann die Rede, wenn sich die Ergebnisse von unterschiedlichen Modellrechnungen angleichen.

Es gehörte zum Streit unter Gelehrten, dass sie sich gegenseitig alle möglichen Methodik- und Rechenfehler vorwarfen, aber keine „robusten“ Antworten auf die einfach erscheinende Frage fanden,

ob die Auslandshilfe das Wirtschaftswachstum gefördert habe. Es gab jedoch eine breite Zustimmung zum Fazit einer Studie aus der entwicklungsökonomischen Denkfabrik der Weltbank: dass sie dann positive Wachstumseffekte haben könne, wenn sich die Empfängerländer um eine solide Finanz- und Handelspolitik sowie um geordnete Rechtsverhältnisse (also *good governance*) bemühen.⁷

Aber auch dieses Ergebnis blieb nicht unumstritten, sodass Forscher des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) die folgenden „paradoxen Effekte“ entdeckten: „Nach wie vor liegen jedoch keine eindeutigen Befunde der makroquantitativen Aggregatdatenforschung zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe hinsichtlich der Steigerung des Wirtschaftswachstums vor.“⁸ Man möchte hinzufügen: Nicht einmal auf diese relativ einfache Frage konnten „robuste“ Antworten gefunden werden.

Es ist schwierig, die Wirksamkeit der Auslandshilfe zu messen, weil sie mit einem vieldimensionalen Zielsystem operiert. Es bleibt offensichtlich eine auch durch einen großen empirischen Aufwand nicht mit letzter Gewissheit zu beantwortende Frage: Was wäre, im besonderen in den ärmsten Ländern, in denen teilweise mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen von außen finanziert wird, ohne diese Infusionen geschehen? Afrika-Experten gehen davon aus, dass im Falle des subsaharischen Afrika das Wirtschaftswachstum ohne Unterstützung von außen weit geringer ausgefallen wäre.⁹ Erst in den jüngsten Jahren sorgten höhere Rohstoffpreise für unterschiedlich starke Wachstumsschübe.

Alte und neue Herausforderungen für die Entwicklungspolitik

Die vielstimmige Kritik neigt dazu, die Leistungsfähigkeit der Entwicklungspolitik zu überfordern, vor allem dann, wenn sie auf die „Entwicklungshilfe“ (ODA) verengt wird. Eine faire Bilanzierung kann auch dieser nicht alle Erfolge absprechen. Die Entwicklungspolitik hat sich allerdings selbst durch eine ständige Erweiterung ihres Ziel- und Aufgabenkatalogs überfordert, die sich in den Aktionsprogrammen der Weltkonferenzen ablesen lässt.¹⁰ Die Folge war, dass sie immer weniger in der Lage war, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Sie soll mit einer Mittelausstattung, die nicht einmal den Umfang der innerdeutschen West-Ost-Finanztransfers erreicht, schwerwiegende Weltprobleme lösen oder zumindest entschärfen.

Die Frage, wie es mit der Entwicklungspolitik weiter gehen soll, muss Antworten darauf finden, welche Herausforderungen sich ihr unter den Bedingungen der Globalisierung sowie der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Strukturveränderungen stellen und wie die Industrieländer in diesem Kontext ihre Interessen definieren. Es hängt wesentlich von der Perzeption und Gewichtung dieser Interessen ab, welche Prioritäten die nationale und internationale Entwicklungspolitik setzt. Der Entwicklungspolitik muss auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiterhin ungelöste globale Entwicklungsprobleme bearbeiten. Sie soll die folgenden säkularen Herkulesaufgaben bewältigen:

- nach den strategischen Vorgaben der acht Millennium-Entwicklungsziele das Armutsproblem als entwicklungspolitisches Schlüsselproblem entschärfen, konkret bis zum Jahr 2015 den Anteil der extrem Armen sowie die Zahl der chronisch Hungernden und nicht mit sauberem Trinkwasser versorgten Menschen halbieren;
- sozialpolitisch auffangen, was die Globalisierung an Humankosten verursacht und gleichzeitig die „Fußkranken der Weltwirtschaft“ durch die Förderung der systemischen Wettbewerbsfähigkeit zur Teilhabe an den Chancen der Globalisierung befähigen;
- durch die Verbesserung der Lebensbedingungen dort, wo der Migrationsdruck entsteht, die Wohlstandinseln der Welt vor Elends- und Umweltflüchtlings aus den Armuts- und Krisenregionen schützen;
- durch eine Verzahnung von Entwicklungs- und Umweltpolitik, wie sie ein Gutachten des WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen) forderte,¹¹ der Verschärfung von Umweltkrisen (Desertifikation, Bodenerosion, Wassermangel), den bedrohlichen Folgen des Klimawandels vorbeugen und dem Leitbild einer globalen nachhaltigen Entwicklung zum Durchbruch verhelfen;
- als präventive Sicherheitspolitik, die zunächst in das Konzept der „erweiterten Sicherheit“¹² und inzwischen in ein ausgefeiltes Konzept der zivilen Krisenprävention eingebunden wurde,¹³ der Vermehrung und Brutalisierung von Verteilungskonflikten um verknappende Ressourcen sowie dem Zerfall von Staaten vorbeugen;

- schließlich auch noch weltweit die Entwicklung hin zu Marktwirtschaft, Demokratie, Herrschaft des Rechts und der universellen Geltung der politischen und sozialen Menschenrechte fördern.

Es ist ziemlich offensichtlich, dass die Entwicklungspolitik diese Herkulesaufgaben einer umfassenden Weltverbesserung auch dann nicht bewältigen könnte, wenn die ihr zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel tatsächlich das magische „UN-Ziel“ von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der reichen Staaten erreichen und die vom „Spiegel“ gerühmten privaten „Retter der Welt“ (wie Bill Gates, Warren Buffet und George Soros) ihre milliardenschweren Schatullen noch weiter öffnen würden.

„Gute Gründe für die Stärkung der Entwicklungspolitik in der Epoche der Globalisierung“

So überschrieben Dirk Messner und Imme Scholz ein Kapitel in ihrer Einführung zum Sammelband über „Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik“. Sie benennen sieben „gute Gründe“ dafür, Entwicklungspolitik im „wohlverstandenen Eigeninteresse“ sogar aufzuwerten:

Erstens sei es weiterhin wichtig, die endogenen Entwicklungspotenziale in armen Ländern zu stärken, weil die Industrieländer ein außenwirtschaftliches Eigeninteresse an prosperierenden Ökonomien, wachsenden Märkten und kaufkräftigen Konsumenten auch jenseits des OECD-Raumes hätten. Zweitens sei die Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung für die wirkungsvolle Bearbeitung der skizzierten Weltprobleme und für die „Geberländer“ eine Investition, um ihre eigene globale Handlungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu stärken. Drittens seien die Entwicklungsländer

unverzichtbare Partner beim Versuch, globale Regelwerke zur Gestaltung der Globalisierung zu schaffen und ein funktionstüchtiges System von *Global Governance* aufzubauen. Viertens sei es wichtig, weltweit die Demokratie zu fördern, weil die Demokratieförderung eine zivile Form präemptiver Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ein zentrales Element einer klugen Sicherheits- und Friedenspolitik sei. Fünftens könne eine aktive europäische Weltpolitik nur gelingen, wenn die EU in ein Netzwerk von verlässlichen Partnern auch jenseits der OECD-Welt investiere.

Neben diesen fünf vorwiegend außen-, europa- und weltpolitischen Begründungen eines „wohlverstandenen Eigeninteresses“ entdeckten Messner/Scholz in der Entwicklungspolitik auch eine Investition in die internationale Kooperationskultur und Menschenrechtspolitik und schließlich in das Gebot der Humanität. Entwicklungsleistungen ließen sich sechstens auch als Investitionen in das soziale Kapital der internationalen Gemeinschaft interpretieren:

Der siebte „gute Grund“ bewertet die Entwicklungspolitik als „Instrument einer auf Solidarität, Menschenrechten und gegenseitiger Hilfe basierenden wertorientierten Außenpolitik.“ Und dann kommt – wohlgemerkt an letzter Stelle – ein ethischer Imperativ: „Selbst wenn Hunger, Vertreibung und Krieg in entlegenen Gegenden dieser Welt keinerlei negative Bumerangeffekte für die Industriegesellschaften hätten, wäre Entwicklungspolitik ein Gebot der Mitmenschlichkeit.“¹⁴ So begründen Sozialethiker, Kirchen in vielen Enzykliken und Denkschriften sowie die Solidaritätsgruppen eine moralische Pflicht zur Solidarität mittels Entwicklungshilfe.¹⁵ Auch die Programme aller Parteien beschwören die ethischen Imperative der Humanität, internationalen Solidarität und Gerechtigkeit.

Sicherheitskalkül vs. Moral

Solidarität ist jedoch eine knappe gesellschaftliche Ressource, vor allem dann, wenn sich die Verteilungskonflikte auch in reichen Ländern verschärfen. Dann gerät die „Zärtlichkeit unter Völkern“ unter Konkurrenz- und Rechtfertigungsdruck. Die Entwicklungspolitik ist von Interessen geleitet und von Moral garniert. Diese Interessen lassen sich wesentlich, obgleich nicht allein, aus den befürchteten Bumerangeffekten von Fehlentwicklungen in der „globalen Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck) ableiten. Es sind vor allem nationale sowie kollektive europäische und westliche Eigeninteressen, die dafür sorgen, dass Entwicklungspolitik als Politik der eigenen Zukunftssicherung perzipiert wird – und deshalb auch eine Zukunft hat.

In amtlichen Verlautbarungen der Bundesregierung und in entwicklungspolitischen Strategiedokumenten der EU-Kommission rückt neuerdings die sicherheitspolitische Funktion der Prävention gegen vermutete Bedrohungen aus den Krisenregionen der Welt in den Vordergrund. Die frühere Staatsministerin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller (aus den Reihen der „Grünen“) stellte unverblümt fest: „Im Zeitalter der Globalisierung wird Entwicklungspolitik zunehmend zu einem Teil

von Sicherheitspolitik“ – und unterstrich damit auch den Führungsanspruch ihres Ministeriums gegenüber dem BMZ.¹⁶

In den seltenen Parlamentsdebatten über Entwicklungspolitik holen auch engagierte EntwicklungspolitikernInnen die „Angstkeule“ hervor, weil sie der Überzeugungskraft von moralischen Begründungen misstrauen. Kritiker ihrer sicherheitspolitischen Instrumentalisierung warnen dagegen vor einer „Sicherheitsfalle“ und verteidigen ethische Begründungen gegenüber dem Sicherheitskalkül.¹⁷ Sie tun sich aber schwer, außerhalb von Kirchengemeinden und Solidaritätsgruppen Gehör zu finden. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist stärker als Moral.

Bedingungen erfolgreicher Entwicklungspolitik: Wie soll es weiter gehen?

Über die Voraussetzungen erfolgreicher Entwicklungspolitik hat sich ein weitgehender und durch die Empirie von Erfolgsmodellen genährter Konsens herausgebildet: Erstens lehrte die inzwischen Jahrzehnte lange Erfahrung von Erfolgen und Misserfolgen, dass ohne wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Strukturreformen und ohne Verhaltensänderungen der häufig korrupten politischen Führungsgruppen externe Hilfe kontraproduktive Wirkungen haben kann.

Zweitens lehrte die Erfahrung auch, dass eine gute Regierungsführung (*good governance*), funktionstüchtige Rechts- und Verwaltungsstrukturen und die Bekämpfung des ubiquitären Krebsübels der Korruption sowohl für den wirkungsvollen Einsatz externer Subsidien als auch für die Investitionsbereitschaft in- und ausländischer Unternehmen essentiell sind.

Drittens belegte der *Weltentwicklungsbericht 2006* der Weltbank¹⁸ mit viel Datenmaterial, dass eine gerechtere Einkommensverteilung nicht nur für eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung, sondern auch für die soziale und politische Stabilität von vorrangiger Bedeutung ist. Die Weltbank setzt weiter auf Wachstum, versucht aber dieses im Sinne von *pro poor growth* nun mit Gerechtigkeit, definiert als Chancengleichheit unter den Menschen, zu verbinden.

Viertens bestätigen vor allem die Rückentwicklungen in den labilen, vom Zerfall bedrohten oder schon kollabierten Staaten (*failing states*) den schon von Willy Brandt geprägten Leitsatz: Ohne Frieden gibt es keine Entwicklung, ohne Entwicklung keinen Frieden. Frieden und Stabilität sind Voraussetzungen für Entwicklung. Nach einer Analyse der britischen Entwicklungsbehörde DFID erreicht das Pro-Kopf-Einkommen in diesen mehr oder weniger nur noch virtuellen Staatsgebilden nur knapp die Hälfte im Vergleich zu anderen armen Ländern, ist die Kindersterblichkeit doppelt und die Müttersterblichkeit dreimal so hoch.¹⁹ Aber es war nicht diese humanitäre Katastrophe, welche die fragilen Staaten auch zu einem sicherheitspolitischen Problem machte, sondern es war ihre Perzeption als Brutstätten des internationalen Terrorismus.²⁰

Es gibt gute Gründe warum eine funktionierende Staatlichkeit im *Bertelsmann Transformation Index* eine hohe Gewichtung erhielt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Rechtsunsicherheit für Individuen und Unternehmen, Gewalterruptionen und hohe Kriminalitätsraten die Entwicklungszusammenarbeit erheblich erschweren. Deshalb kann es sogar geboten sein, der Stabilisierung von Staatlichkeit (*state building*) durch die Stärkung staatlicher Institutionen und der Sicherheitskräfte Vorrang vor überhasteten und von außen aufgezwungen demokratischen Reformen zu geben, wenn dabei die elementaren Menschenrechte gewahrt werden.²¹

Internationale Rahmenbedingungen erfolgreicher Entwicklungspolitik

Die Entwicklungsagenturen unter der Vorreiterrolle der Weltbank und der Mainstream der Wirkungsforschung neigen dazu, die Hauptursache für mangelnde Erfolge oder gar das Scheitern der Entwicklungspolitik auf das Staatsversagen (*bad governance*) und andere endogene Fehlentwicklungen zurückzuführen. Es ist aber längst eine Binsenweisheit, dass alle ODA nur teilweise die Benachteiligungen ausgleichen kann, die vielen Entwicklungsländern aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, besonders dem agrarpolitischen Protektionismus der Industrieländer erwachsen. Die „Fußkranken der Weltwirtschaft“ können die Chancen der Globalisierung nur nutzen, wenn sie wettbewerbsfähige Exportökonomien aufbauen und dann ihre mit komparativen Kostenvorteilen hergestellten Produkte ohne diskriminierende Handelshemmnisse auch verkaufen können. Das schon in den 1970er Jahren von der UNCTAD (*UN-Konferenz für Handel und Entwicklung*) propagierte Rezept „*trade not aid*“ ist kein Patentrezept für alle Länder, aber „*trade and aid*“ könnte ihre Handlungs- und Entwicklungsspielräume erheblich vergrößern.²²

Die OECD-Länder müssen die im 8. MDG eingegangene Verpflichtung zu mehr „Entwicklungspartnerschaft“ auch dadurch noch unter Beweis stellen, indem sie den Entwicklungs-

und Schwellenländern mehr gleichberechtigte Mitsprache- und Entscheidungsrechte in den internationalen Finanzorganisationen und im UN-System einräumen. Ohne eine solche Partnerschaft können die großen Herausforderungen einer weltweiten Friedens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik nicht gemeistert werden.

Mit der Entwicklungspolitik kann es nicht so weiter gehen, wie sie bisher organisiert war. Die noch größtenteils bilateral organisierte und in einzelstaatliche Sonderinteressen eingebundene Entwicklungszusammenarbeit (EZ) muss zur globalen Strukturpolitik bzw. zur GZ (Globalen Zusammenarbeit) weiterentwickelt werden. Nur so kann sie auch einen wirksamen Beitrag zur politischen Gestaltung der Globalisierung leisten. Für die Entwicklungsländer sind handels- und finanzpolitische Regelwerke, die sie vor der Willkür eines globalisierten „Raubtierkapitalismus“ schützen, und für die Mehrheit der Weltbevölkerung sind soziale und ökologische Regelwerke, wie z. B. die vor Ausbeutung schützenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wichtiger als die Vermehrung von Einzelprojekten. Bundespräsident Horst Köhler betonte in seiner zweiten „Berliner Rede“: „Wir brauchen eine Entwicklungspolitik für den ganzen Planeten.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte auf der ersten Station ihrer Afrika-Reise Anfang Oktober 2007 eine neue Entwicklungspolitik, die „weit über die traditionelle Entwicklungshilfe“ hinaus greift.

Ansätze zur Reorganisation der internationale Entwicklungspolitik

Inzwischen häuften sich Studien, die sich kritisch mit den Strukturen und Instrumenten der bisher praktizierten Entwicklungszusammenarbeit auseinandersetzen und ihre Effektivitätsverluste nicht nur widrigen Umständen in den Zielländern anlasteten. Eine dieser Studien fasst die Organisationsdefizite auf der „Geberseite“ so zusammen: „aufwendige bürokratische Verfahren einer permanent wachsenden Zahl von Geberorganisationen, eine inhärente und sich selbst verstärkende Planungslogik, die Proliferation von zwischen den Gebern nur unzureichend abgestimmten Projekten, die ungenügende Einbeziehung der Partnerländer in die Planung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben und die Steuerung der Maßnahmen in den Entwicklungsländern durch die Entwicklungsbehörden in den fernen Hauptstädten der Gebernationen.“²³ Der Reformbedarf dieses „alten EZ-Regimes“ war also offensichtlich. Es waren nach der Bildsprache eines kritischen Kommentars „zu viele Köche in der Küche“. Dies gilt auch und besonders für die deutsche Organisationsstruktur.

Unter dem Druck dieser Fehlentwicklungen, die auf Geber- und Nehmerseite wachsende Frustrationen auslösten, versuchte die im März 2005 von der OECD *Paris Declaration on Aid Effectiveness*. Ihre fünf Kernprinzipien griffen zentrale Kritikpunkte am „alten EZ-Regime“ auf:

- Erstens soll die Eigenverantwortung (*ownership*) der Partnerländer gestärkt und durch die Einspeisung von entwicklungspolitischen Maßnahmen in die nationalen Strategien, Planungsprozesse und institutionellen Strukturen gefördert werden. Dieses Prinzip des *alignment* soll gleichzeitig der zeit- und kostenintensiven Überlastung der Nehmerländer durch die Vielzahl von bi- und multilateralen Akteuren, die ihre je eigenen Konditionen mitbringen und ständig Berichte anfordern, entgegenwirken. Nach der von der Weltbank verkündeten Maxime sollen die „Nehmerländer“ vom Beifahrer- auf den Fahrersitz umsteigen.
- Zweitens wird den Gebern eine stärkere Koordinierung ihrer Projekte und Programme abverlangt. Jedes Geberland soll nur noch tun, was es am besten tun kann und durch eine abgestimmte Selektion der Zielländer auf das von außenpolitischen Interessen geleitete „Gießkannenprinzip“ verzichten. Die „Scheckbuch-Diplomatie“ hat keine entwicklungspolitische Rechtfertigung.
- Drittens soll die Geberkoordinierung durch eine stärkere Harmonisierung der Planungsverfahren, Vergabepraktiken und Evaluierungsmethoden ergänzt werden. Das Ziel dieser Geberharmonisierung ist auch, die Transaktionskosten zu senken und die administrativen Kapazitäten der Nehmerländer zu entlasten.
- Viertens greift die Pariser Reformagenda auch eine alte Forderung des DAC (*Development Assistance Committee* der OECD) auf, die zentralistischen EZ-Strukturen stärker zu dezentralisieren und Entscheidungsprozesse über Entwicklungsvorhaben in die Partnerländer zu verlagern.
- Fünftens fordert sie eine gegenseitige Rechenschaftspflicht (*accountability*). Diese Forderung ist zwar im Sinne der Entwicklungspartnerschaft konsequent, fordert den Geldgebern aber etwas ab, was sie bisher, über die „*power of the purse*“ verfügend, nicht zu geben bereit waren. Eine andere Frage ist, ob das weiterhin bestehende Machtgefälle zwischen Geber- und Nehmerländern überhaupt eine wirklich gegenseitige Rechenschaftspflicht zulässt.

Obwohl viele Kommentatoren in der Paris Deklaration einen ernsthaften Versuch erkannten, die Schwächen des „alten EZ-Regimes“ zu überwinden, tauchten bald Zweifel auf, ob sich die gewachsenen Organisationsstrukturen so, wie gefordert, reformieren lassen. Vor allem eine Lösung der Probleme der großen Zahl von entwicklungspolitischen Akteuren und der Fragmentierung der *donor community* stößt an Interessen der Besitzstandswahrung. Dies wurde auch in der hitzigen Debatte über eine Reorganisation der deutschen Durchführungsorganisationen deutlich, in der die Verteidigung des institutionellen Status quo im Namen eines ordnungspolitisch wünschbaren Pluralismus geführt wurde.²⁴

Die notwendige Reform von Organisationsstrukturen genügt nicht

Unter dem Rechtfertigungsdruck, in den die Entwicklungspolitik zu Beginn des neuen Millenniums noch stärker als schon früher geraten war, legten alle nationalen und internationalen Entwicklungsorganisationen Reformprogramme zur Umsetzung der Paris Deklaration auf. Es geht aber nicht nur um eine bessere Geberkoordinierung und Harmonisierung der Vergabepraktiken, sondern um weit mehr. Die oben skizzierten großen Herausforderungen, mit denen eine unfriedliche, von Umweltkrisen, Ressourcen- und Verteilungskonflikten bedrohte Welt konfrontiert ist, können nicht allein mit dem Handwerkszeug der ODA bewältigt werden.

Die vom BMZ als globale Strukturpolitik definierte Entwicklungspolitik kann sich nicht mit der Finanzierung und Durchführung von Projekten und Programmen begnügen und sich auch nicht auf die Verwirklichung der MDGs beschränken, sondern muss sich um die Veränderungen von internen und internationalen Strukturen bemühen, die krisenhaften Entwicklungen in der Weltgesellschaft und Weltpolitik zugrunde liegen; sie muss außerdem substantielle Beiträge zur Gestaltung der Globalisierung und zur Sicherung globaler öffentlicher Güter (Friedenssicherung, Schutz der Umwelt, Stabilität der Finanzmärkte, Herstellung nicht diskriminierender Handelsbeziehungen) leisten. Diese Aufgabenfülle überfordert ein „Entwicklungshilfeministerium“ (wie das BMZ in der Alltagssprache immer noch tituliert wird) und fordert alle Ministerien mit internationalen Gestaltungsaufgaben: Entwicklungspolitik ist ein ressortübergreifender Politikbereich.

Gleichzeitig muss sich eine aus positiven und negativen Erfahrungen lernende Entwicklungspolitik wieder darauf besinnen, was schon die Aufklärungsphilosophen unter Entwicklung verstanden: nämlich als Auswickeln eigener Potenziale und Fähigkeiten zur Problembearbeitung. Muhammad Yunus, der mit dem Friedensnobelpreis 2006 ausgezeichnete Initiator der Grameen Bank, reaktivierte erfolgreich diese Kernidee, dass die Armutgruppen zu Subjekten einer selbstbestimmten „Entwicklung von unten“ und nicht zu Objekten von fremder Hilfe werden. Neuerdings propagieren Rupert Neudeck und Winfried Pinger (der langjährige entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) eine Armutsbekämpfung, die bei der „Würde der Armen“ und ihrer Kreativität zum Überleben ansetzt.²⁵ Dieses basisorientierte Plädoyer ignoriert jedoch internationale Rahmenbedingungen und Fehlentwicklungen, die – wie der Klimawandel oder diskriminierende Handelsbedingungen – auch auf die Armutgruppen durchschlagen. Die Globalisierung erzeugt lokale Verwundbarkeiten und überall spürbare Interdependenzketten.²⁶

Zusammenfassung: Es wird und es muss mit der Entwicklungspolitik weiter gehen

Es wird mit der Entwicklungspolitik weiter gehen, weil sie von handfesten Eigeninteressen angeschoben wird; es muss mit ihr weitergehen, um Bumerangeffekten von Fehlentwicklungen in der weltpolitischen Peripherie vorbeugen zu können. Das „wohlverstandene Eigeninteresse“ ist die stärkste Schubkraft. Ein weiteres Muss erzeugen die ethischen Imperative von internationaler Gerechtigkeit und Solidarität, die durch medienwirksame Kampagnen der transnational organisierten Entwicklungslobby verstärkt werden. Der internationale Druck auf die EU-Länder, bis 2010 das selbstgesteckte „Barcelona-Ziel“ von 0,51 % und bis 2015 das „UN-Ziel“ von 0,7 % des BNE zu erreichen, wird dafür sorgen, dass die Entwicklungspolitik auch mit mehr Geld ausgestattet werden wird. Außerdem werden zur Finanzierung der MDGs neue staatliche und private Finanzquellen erschlossen werden. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass inzwischen die Rücküberweisungen (*remittances*) von legalen und illegalen Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer in vielen Fällen ein Mehrfaches der ODA ausmachen und eher als diese die Dörfer und Haushalte erreichen.

Die Entwicklungspolitik wird aber ihre Legitimationskrise und geringe Akzeptanz in der Öffentlichkeit nur überwinden können, wenn ihr nicht länger eine geringe Wirksamkeit bei hohem Kapital- und

Personaleinsatz vorgeworfen werden kann. Zunächst bilden die Zielmarken der MDGs eine Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit unzähliger internationaler Versprechen. Aber globale Strukturpolitik bedeutet mehr, nämlich das Bohren dicker Bretter, die Messlatten für das normative Leitbild einer demokratisch verfassten, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auf Weltebene bilden.

GLOBAL EUROPE – PARTNERSCHAFT ODER IMPERIALISMUS?

Unter dem Titel „Global Europe“ befasst sich die globalisierungskritische Organisation Attac mit den außenpolitischen Aktivitäten der Europäischen Union. Die EU rühmt sich gerne ihrer „europäischen Werte“ wie Humanismus, Menschenrechte und Demokratie um sich vom amerikanischen „Empire“ abzugrenzen. EU stehe für nachhaltige, ökologische Entwicklung, für Unterstützung von und Partnerschaft mit ärmeren Ländern und für eine Vision vom friedlichen Zusammenleben. Diese Prinzipien beschränken sich leider allzu oft auf die rhetorische Ebene – gerade in den Beziehungen zu Entwicklungsländern sieht die Realität anders aus.

Die Realität: Europa als Liberalisierungsmotor

Bereits bei der Gründung der Welthandelsorganisation WTO spielten die damals 12 EU-Staaten eine führende Rolle. Damals war es das vorrangige Ziel die stagnierende Binnennachfrage durch die Erschließung neuer Märkte zu kompensieren. Den Entwicklungsländern wurde das unter dem Schlagwort „Entwicklung durch Handel“ verkauft. Sie sollten ihre Märkte für westliche Produkte öffnen, Zölle und vor allem die so genannten „nichttarifären Handelshemmnisse“, wie Importbeschränkungen zum Schutz der eigenen Wirtschaft, Kapitalverkehrsbeschränkungen usw. abschaffen. Dafür, so wurde ihnen versprochen, sollten sie auch Zugang zu den europäischen Märkten bekommen und dadurch sollte sich ihre Wirtschaft entwickeln und die Armut bekämpft werden.

Im WTO Vertrag findet sich das Bekenntnis „Es ist notwendig, tatkräftige Anstrengungen zu unternehmen, damit die weniger entwickelten Vertragsparteien einen den Bedürfnissen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Anteil am Wachstum des Welthandels erreichen“.¹ Jedoch: „Die tatsächlichen Auswirkungen der neoliberalen Rezeptur zeigen ein anderes Bild: 1980 – 2000 hat sich das Wachstum der Weltwirtschaft gegenüber der Periode 1960 – 1980 von 3 auf 2,3 Prozent verlangsamt. Im Durchschnitt der Entwicklungsländer halbierte sich die Wachstumsrate, in Teilen Afrikas sowie in den ehemals kommunistischen Ländern schrumpfte das Pro-Kopf-Einkommen dramatisch“.² Durch die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von der Entwicklungshilfe der Industriestaaten und durch ihre geringen finanziellen und personellen Ressourcen herrscht in der WTO nämlich eine höchst ungleiche Machtverteilung. Die USA und die EU diktieren den anderen ihre Gesetze, meint Jean Ziegler und durch die Möglichkeit, empfindliche finanzielle Sanktionen zu verhängen, können diese auch effizient durchgesetzt werden.³

Die nächste WTO-Verhandlungsrunde, die sogenannte Doha-Runde wurde 2001 wiederum als „Entwicklungsrunde“ gestartet und die Entwicklungsländer mit neuen Versprechungen an den Verhandlungstisch zurückgeholt. Die Industriestaaten drängten jedoch auf weitere Liberalisierung. Vor allem beim Handel mit Dienstleistungen haben die europäischen Staaten großes Interesse daran, neue Märkte für die großen europäischen Dienstleistungsunternehmen, wie Suez, Veolia, RWE, zu erschließen. Deren Vertreter sind auch in die Verhandlungen eingebunden und haben so die Möglichkeit, ihre Interessen bevorzugt einzubringen. Die EU forderte dann auch in der Doha-Runde von 70 Entwicklungsländern ihre Wasserversorgung zu liberalisieren.

Doch diesmal lief es nicht mehr nach Wunsch. In den Entwicklungsländern wurden die negativen Folgen des Freihandels inzwischen deutlich spürbar. Außerdem hatten sich diese inzwischen zusammengeschlossen und unter der Führung einiger sogenannter „Schwellenländer“, wie Brasilien, Indien oder China vertraten sie vehement ihre Interessen und ließen sich nicht mehr, wie in den 90er Jahren, über den Tisch ziehen. Die Doha-Runde konnte bis heute nicht abgeschlossen werden, die Idee der WTO als Organisation, die sich ausschließlich mit der Liberalisierung des Handels beschäftigt, ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Auswirkungen, ist damit ernsthaft in Frage gestellt.

Die Alternative, mit der die EU trotz der stagnierenden WTO-Verhandlungen, ihren Einfluss auf die Entwicklungsländer auszuweiten und neue Märkte zu erobern sucht, heißt Wirtschaftspartner-

schaftsabkommen (EPA = Economic Partnership Agreements). Die Länder Afrikas und der Pazifik- und Karibikregion (AKP-Staaten) wurden mit massivem Druck in diese Verhandlungen gezwungen. Weil diese EPAs mit den Ländern einzeln oder in kleinen Gruppen verhandelt werden, ist es leichter, die Staaten unter Druck zu setzen und gegeneinander auszuspielen.

Auf der Webseite der StopEPA-Kampagne heißt es: „EPA gefährden den schwierigen Prozess der regionalen Integration und setzen Produzenten in den AKP-Staaten auf ihren lokalen und regionalen Märkten der unfairen europäischen Konkurrenz aus. Zu den zu erwartenden Folgen zählen steigende Arbeitslosigkeit, stärkere soziale Ungerechtigkeit, Gefährdung der Ernährungssicherheit und Verlust der Lebensgrundlage. Den Regierungen der AKP-Staaten drohen durch die Abschaffung von Einfuhrzöllen bedeutende Ausfälle in den öffentlichen Einnahmen. Während die Europäische Kommission darauf besteht, dass EPA 'Entwicklungsinstrumente' seien, belegen alle bisherigen Untersuchungen, dass die Hauptlast der Anpassungskosten ausschließlich von den AKP-Staaten, einschließlich der 40 zur Gruppe der ärmsten Länder gehörenden Staaten, getragen werden muss.“⁴

Die Verhandlungen sollten bis Ende 2007 abgeschlossen sein, weil im sogenannten Cotonou-Abkommen festgelegt ist, dass 2008 neue, WTO-konforme Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten in Kraft treten sollten. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden, da in den AKP-Staaten große Bedenken gegen die Forderungen der Europäer vorgebracht wurden. Die daraufhin unter Zeitdruck ausgehandelten Interimsabkommen wurden bis Ende 2007 nur mit 35 der 78 AKP-Staaten abgeschlossen, z.B. mit den Staaten der karibischen Wirtschaftszone CARIFORUM. Bei näherer Analyse des Vertrages traten in den Karibikstaaten jedoch zunehmend Zweifel an den versprochenen entwicklungspolitischen Zielen auf und es werden Nachverhandlungen gefordert. Die StopEPA-Kampagne unterstützt diese Forderung. Die Unterzeichnung des Abkommens wurde wiederholt verschoben, laut dem letzten Stand sollte sie im September 2008 erfolgen.

Zweierlei Maß

Was sind nun die Probleme der von der EU gewünschten weiteren Liberalisierungsmaßnahmen? Und gelten diese Verträge wirklich für alle gleichermaßen?

Ausländische Direktinvestitionen

Als eines der wichtigsten entwicklungsfördernden Instrumente werden ausländische Direktinvestitionen (FDI = foreign direct investment) angepriesen, deshalb sollen auch die Bedingungen für Investoren verbessert und ihnen mehr Sicherheit geboten werden. Niedrige Steuern, möglichst wenig rechtlichen Beschränkungen und politische Stabilität sollen Kapital anlocken. Tatsächlich kommt anfänglich dadurch viel Geld ins Land, wodurch sich die Wirtschaftsdaten positiv entwickeln. Aber bereits in dieser Phase kann nur ein Teil der Menschen davon profitieren. In den neuen EU-Mitgliedsstaaten sind diese Effekte derzeit gut zu beobachten. So gehen Investoren natürlich bevorzugt in die wirtschaftlichen Zentren, ländliche Regionen werden nahezu entvölkert. Wenn alles verkauft ist, nehmen die Kapitalströme ins Land ab. Durch die Gewinne, die von den Unternehmen repatriert werden und die anfallenden Zinsen für Kredite, fließt hingegen immer mehr Geld in die Länder der Investoren zurück. Das führt zu einem Leistungsbilanzdefizit, was wieder die Währungen der Länder unter Abwertungsdruck bringt. Die Abwertung beunruhigt die Investoren, die ihre Anteile verkaufen und weiterziehen. Das ist der Stoff aus dem Finanzkrisen gemacht sind.

Dazu kommt, dass FDI mit zweierlei Maß gemessen werden. In den Staaten, die sich noch „entwickeln“ sollen, gilt es als herausragende Leistung und höchstes Ziel, möglichst viel fremdes Kapital ins Land zu holen, die negativen Folgen für das Staatsbudget werden in Kauf genommen. In Österreich (und auch in anderen westlichen Staaten) hingegen wird es als Bedrohung gesehen, wenn russische oder arabische Investoren inländische Unternehmen aufkaufen. Der Ruf nach einem österreichischen Kernaktionär wird laut, sogar der Staat wird plötzlich wieder zu Hilfe gerufen, wenn es um die Abwehr fremden Kapitals geht. Verhielten sich die Entwicklungsländer ähnlich, würde das als Einschränkung der Freiheit und des Wettbewerbs angeprangert.

Zollabbau

Eine weitere zentrale Forderung der EU ist, dass Entwicklungsländer ihre Zölle auf Produkte aus Europa senken sollen, teilweise um bis zu 70%. Durch das Zollverbot für Importgüter würden die AKP-Staaten jedoch einen bedeutenden Teil ihrer Staatseinnahmen verlieren. In Uganda und Sierra Leone

etwa kommen 50% der Steuereinnahmen von Importzöllen. Eine Reduktion hätte katastrophale Auswirkungen auf die Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Und auch hier wieder doppelte Maßstäbe: sowohl die USA als auch die EU reagieren mit Importzöllen, sobald die heimische Wirtschaft durch Importe bedroht ist, was den Entwicklungsländern nicht zugestanden wird.

Wohlstand für alle – nur eine Illusion?

Jahrzehntlang wurde den Entwicklungsländern versprochen, dass sie, sozusagen bei „guter Führung“, den gleichen Lebensstandard wie wir erreichen könnten. Nun, da es einigen beinahe gelungen ist, wird zweierlei deutlich:

1. Die Überlegenheit der westlichen Industrieländer steht auf dem Spiel, die aufstrebenden Nationen werden als Bedrohung gesehen, die Grenzen wieder dicht gemacht, neue Handelshemmnisse errichtet – die EU und die USA folgen keineswegs ihrer Freihandelsdoktrin, wenn es ans Eingemachte geht. Schuhe und Textilien aus China, Bauunternehmen aus Russland, sollen das nicht dürfen, was europäische Unternehmen seit Jahren in den ärmeren Ländern machen.
2. Sobald nur einige Länder reicher werden und mehr konsumieren, wenn etwa die Menschen in Asien mehr Fleisch und Milchprodukte essen, mehr Energie verbrauchen, gerät der Weltmarkt aus den Fugen, Energie- und Lebensmittelpreise steigen und werden auch für die Industrieländer zum Problem. Spätestens jetzt wird klar: die Rede von der „nachholenden Entwicklung“ war nie ernst gemeint, Europa und die USA sind nicht gewillt, ihren Reichtum zu teilen. Oder vielleicht richtiger und von vielen seit Jahren eingemahnt: es ist nicht möglich, dass die ganze Weltbevölkerung den westlichen Lebensstil übernimmt. Die imperialistischen Ziele Europas und der USA, ihr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem allen anderen Ländern aufzwingen zu wollen, scheitern nicht nur am Widerstand in diesen Ländern, sondern auch daran, dass dieses System nicht überlebensfähig ist.

Angesichts der als Bedrohung empfundenen wirtschaftliche Konkurrenz schmieden die westlichen Industrieländer Kriegspläne: einige ranghohe NATO-Generäle aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den USA, entwickelten eine „Große Strategie für eine unsichere Welt“ für den erwarteten Kampf um Rohstoffe und gegen die Bedrohung durch russisches Kapital.⁵ Dabei ist es doch so, dass die Industriestaaten einen guten Teil dieser Unsicherheit, gegen die sie glauben, sich wappnen zu müssen, selbst verursachen. Eine mögliche Strategie wäre also, das eigene Verhalten zu ändern. Davon ist in dem Strategiepapier (aber auch in den diversen Papieren zu Entwicklungsförderung der EU) allerdings nichts zu finden. Man steht zwar zur Priorität von friedenssichernden Maßnahmen und, falls das nicht gelingt, zu den Prinzipien „minimaler Zerstörung“ und „Sieg durch Lähmung des Gegners“. Um diese sicher zu stellen wird allerdings der „...surgical use of all available instruments of power“ empfohlen, einschließlich atomarer Erstschlagsphantasien. Frei nach Clausewitz könnte man also sagen „Krieg ist die Fortsetzung der Handelspolitik mit anderen Mitteln“. Aminata Traore, ehemalige Kultusministerin Malis und prominente afrikanische Aktivistin, bezeichnet die Freihandelsabkommen als die „Massenvernichtungswaffen“ Europas.⁶ Was wird der nächste Schritt sein?

Die Attac-Vision: Die EU als positiver Global Player

Anders die Lösungsstrategien von Attac: die EU solle aufhören, die europäischen wirtschaftlichen Interessen als Entwicklungsförderung zu verkaufen und den Entwicklungsländern die Möglichkeit zugestehen, ihren eigenen politischen und gesellschaftlichen Weg zu gehen:

- Statt Freihandel zu forcieren, muss eine EU-Handelspolitik im Sinne der Menschen und Umwelt gerechten Handel auf Basis der ökonomischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte als Zielvorgabe haben
- Statt mit Dumpingpreisen Hunger zu erzeugen, muss sich die EU dafür einsetzen, dass – im Sinne der Ernährungssouveränität – jedes Land die notwendigen Instrumente hat, eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion sicherzustellen und zu schützen
- Statt auf „fairem“ Wettbewerb zwischen David und Goliath zu bestehen, sollte sich die EU für eine bevorzugte Behandlung von Entwicklungsländern in Handelsvereinbarungen verwenden
- Statt sich für den Schutz der Investitionen von internationalen Konzernen stark zu machen, sollte sie ein Standortschutzabkommen vorschlagen, dass die Rechte der Staaten und ihrer Bevölkerung schützt und soziale, ökologische und steuerliche Mindeststandards für Investoren festlegt⁷

Brigitte Kratzwald, ATTAC

EINE KRITIK DER POLITISCHEN ÖKOLOGIE DES GLOBALEN RAUMES

Elisabeth List

Globalisierung bedeutet im Wesentlichen eine bestimmte Form der Verfügung über Räume. Die Auseinandersetzung geht um die Verschiebung von Einflussphären im geopolitischen und wirtschaftlichen Raum. Das Verfügen über Raum ist eine Form der Machtausübung, und Globalisierungskritik ist immer auch Machtkritik.

Raum ist aber mehr als das Objekt ökonomischer Unternehmungen und politischer Ansprüche und Strategien.

Aus philosophischer Sicht wie auch aus der Sicht der konkreten Alltagserfahrung ist Raum zu allererst Raum zum Leben. Das ist deshalb so, weil wir Menschen nur existieren, wenn wir leibhaftig existieren, mit einem Körper, als körperliche Wesen. Ein Subjekt zu sein setzt also Körpersein voraus. Und Körper zu sein heißt zugleich im Raum zu sein.

Deshalb hat die Art und Weise, wie der Prozess der Globalisierung den Raum verändert, auf unsere Existenzbedingungen unmittelbar Auswirkungen.

Raum wird auf verschiedene Weise erlebt und erfahren. In ökologischer Betrachtungsweise lassen sich diese Erfahrungsweisen in drei Dimensionen beschreiben

Die erste Dimension ist der Mikroraum des leiblich-körperlichen Alltagslebens – der Raum, wo wir essen, schlafen, mit unseren Eltern, Kindern und näheren Verwandten zusammenleben. Hier werden Kinder geboren, Kranke gepflegt, hier ist Raum für nahe Beziehungen – kurz für jeden Menschen ein primärer Raum.

Wenn Menschen heranwachsen, verlegt sich ihr Leben in eine weitere Dimension von Räumen, die die ökologische Sozialisationsforschung „Mesoräume“ nennt, das sind die Räume sozialen und politischen Lebens. Mesoräume sind Räume für den sozialen Austausch, für wirtschaftliche und politische Aktivitäten, Räume, in denen wir unserer Arbeit nachgehen und unsere Identität formen.

Es sind besonders Räume der Arbeit, der Produktion, der Gestaltung des Zusammenlebens in politischer, wirtschaftlicher und künstlerischer Form, kurz, Räume des zivilen Lebens.

Darüber hinaus gibt es Räume, die jenseits des konkreten Arbeitens und Tätigseins liegen: „Makroräume“.

Makroräume haben durch den Prozess der Globalisierung politischer und wirtschaftlicher Räume eine besondere Bedeutung gewonnen. Die in der Spätmoderne verfügbaren Verkehrs- und Kommunikationsmittel, Organisationsformen des Transports und die neuen Datentechniken (Internet) machen den Zugriff auf Räume jenseits des Lokalen, jenseits des konkreten Alltagslebens möglich.

Die neuen Verkehrs- und Kommunikationstechniken haben dazu geführt, dass die wirtschaftlich mächtigsten Unternehmen, die sich ihrer bedienen, zu „global players“ geworden sind, die in der Lage sind, ihre Aktivitäten im verstärkten Maß transnational betreiben. Sie sind mit der wirtschaftlichen Macht, die sie akkumuliert haben, in der Lage, über alle nationalen Grenzen hinaus die Mikro- und Mesoräume, also die Räume konkreten Lebens zu kontrollieren. Die Macht des transnational operierenden Kapitals ist groß genug, um sich über die politischen Gesetze und Regeln der traditionellen Nationalstaaten hinwegzusetzen und in die Innenwelt nationaler Mesoräume einzugreifen.

Es gibt zwar Grenzen für das im Makroraum Erlaubten – nationale Grenzen und internationale Abkommen. In jüngerer Zeit haben auch von der Basis der Mesoräume aus agierende Protestgruppen, politische Basisbewegungen, begonnen, sich derselben Technologie zu bedienen, die es auch ihnen ermöglichen, in transnationalen Räumen aktiv zu werden.

Ihre Kritik ist Kritik an der Zerstörung der Mesoräume politischen und wirtschaftlichen Lebens in nationalen und regionalen Räumen. Es ist aber zugleich auch immer Kritik an der Zerstörung der Mikroräume alltäglichen Lebens.

Wenn man diese beiden Dimensionen des sozialen Lebens im Auge hat, lassen sich in Anlehnung an Karl Marx Thesen für eine „Kritik der Politischen Ökologie des Raumes“ formulieren. Ihr Ziel ist die Verteidigung der primären und der Mesoräume individuellen und gesellschaftlichen Lebens.

Obwohl in den Gründungstexten der Erklärung von Graz davon nicht ausdrücklich die Rede ist, verfolgen auch ihre Projekte dieses Ziel. Die Projekte sind alle angesiedelt in diesen Räumen, die für das Überleben von Menschen In Afrika, Lateinamerika nötig sind. Sie sind vielen Bedrohungen ausgesetzt, durch vielfältige Interventionen wirtschaftlicher und politischer Interessen von außen.

Die politische Ökologie des Raumes, die sich im Fortschreiten der Globalisierung wirtschaftlicher Interessen durchsetzt, greift auf vielfältige Weise in die Mikro- und Mesoräume des privaten und öffentlichen Lebens ein, denn sie folgt einem neokapitalistischen Kalkül der grenzüberschreitenden Durchsetzung transnationaler Großkonzerne, die sich rücksichtslos über die Lebensnotwendigkeiten und Lebenserfordernisse indigener Bevölkerungen hinwegsetzt. Ziel einer Kritik dieser politischen Ökologie des globalen Raumes ist Verteidigung des schlichten Überlebens.

Dass die EVG dieses Ziel vor Augen hat, zeigen schon ihre ersten Projekte in den Siebziger Jahren, zum Beispiel die Unterstützung von Volksküchen in Santiago de Chile in der Zeit nach der Ermordung Allendes. Die Gewalttätigkeiten der Militärjunta hat Familien zerrissen, die Menschen in Armut gestürzt, die Basis ihres Überlebens – Mikroräume – zerstört. Das war eine Zeit, wo unmittelbare Hilfe nötig, um das Überleben der Bevölkerung zu sichern.

Der größere Teil der EVG-Projekte agierten im Mesoraum des Arbeitslebens, der Produktion lebensnotwendiger Güter, der Subsistenzproduktion. Worauf wir immer achten, ist dass unsere Projekte dazu beitragen, die Menschen in den Ländern, wo wir sie unterstützen, selbst an ihnen teilhaben und dabei unterstützt werden, ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten und ihre politischen Rechte wahrzunehmen. Dass das möglich ist, setzt intakte Mikroräume voraus. Mikroräume werden geschaffen durch enge Beziehungen, Paarbeziehungen, durch Familienband. Auch diese Räume sind im Gefolge der Globalisierung gefährdet. Ein Beispiel dafür ist die Landflucht, die Entstehung von Slums, die die Aufrechterhaltung primärer Beziehungssysteme verunmöglichen: Die Väter arbeitslos, die Kinder auf der Straße, die Mütter in schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen.

Die Verelendung der Mikroräume ist eine Folge von gewaltsamen Eingriffen in gewachsene Arbeits- und Lebensverhältnisse, die das materielle Überleben einer Familie an einem Ort nicht mehr erlauben, der Zerstörung und Enteignung landwirtschaftlicher Nutzflächen für die lebenssichernde Subsistenzproduktion, durch die Verlegung von Produktionsorten, durch die Verdrängungen ansässiger Wirtschaftszweige, der ansässigen Unternehmen und Kleinbetriebe.

Die soziökologische Sichtweise dieser Vorgänge als Eingriffe in die Mikro- und Mesoräume sozialen Lebens macht sichtbar, dass die Globalisierung unter dem Diktat transnational operierender ökonomischer Interessen den Gesamtzusammenhang des sozialen Lebens aus der Balance bringt, nicht einfach Einzelne, Einzelbetriebe, sondern meist ganze Regionen in ihrem Überleben betreffen.

WARUM ICH BEI DER EVG BIN....

Tja.. es war einmal... so beginnen viele Märchen und wohl auch Geschichten, die lange zurück liegen. Wenn ich's so recht überlege – es war kein gutes Märchen, mit dem ich damals konfrontiert wurde und dessen Inhalte mir so allmählich "ins Bewusstsein tröpfelten". Mit dieser Bemerkung möchte ich jenes Phänomen umschreiben, bei dem so nach und nach gewisse "Tatsachen", liebgeordnete Denkweisen und Überzeugungen zu neuen Sichtweisen konfigurieren, ja manchmal richtige Paradigmenwechsel stattfinden!

Und – fast ist man versucht zu sagen natürlich, es war mein lieber Bergkamerad Peter Pritz, der mich auf eine Fährte brachte, die meinem Gerechtigkeitsempfinden im wahrsten Sinn des Wortes neue "Horizonte" gab, welche mir auch nie mehr aus dem Blickfeld gerieten. Damals ergaben sich bei unseren Bergtouren im Abstieg (bei der Kletterei mussten wir uns im Aufstieg ja voll konzentrieren) regelmäßig Diskussionen über umweltpolitische und gesellschaftliche Gegebenheiten. Manchmal prallten familiäre (ich) und gesellschaftliche (Peter) Positionen aufeinander, die wir nicht selten gemeinsam lösten. Aber wir lernten auch, vor allem lernte ich dabei, individualistische Positionen

zugunsten gemeinschaftlicher zurück zu stellen. Denn ein Impuls “zu helfen” “zu teilen”, war ohnehin durch meine Erziehung im Sinne christlicher Wertethik internalisiert.

So war mir die 3-Welt-Problematik zunächst mit dem Impuls “zu helfen” vor allem über den Gedanken “christlicher Nächstenliebe” assoziiert. Die Idee der Aufbringung von Mitteln finanzieller Art über Selbstbesteuerung für diejenigen, die “es nicht so haben” – vor allem in der 3. Welt, brachte Peter mir nahe. Dahinter scheint ein urchristliches Element das biblische Zehent, zu stecken, aber vielleicht ist diese Idee auch noch älter?

Und da ich auch nicht ein Mensch der ersten Stunde war, was die EVG betrifft, fehlten mir auch einige Reflexionen über Armut als Folge von z. B. Verteilungsgerechtigkeit. Auf alle Fälle leuchtete mir ein, dass wir ein wenig von dem, was wir ausreichend hatten, dorthin transferieren sollten, wo es für eine menschenwürdige Entwicklung gebraucht wurde. Und zwar ein jeder so viel, wie er/sie glaubte sich nehmen zu können (eine strenge Auslegung ging von 10% aus!). Als eine Art Ausgleich von Reicheren zu Ärmeren (übrigens- im jetzt gebräuchlichen neoliberalen Paradigma läuft das genau umgekehrt).

Mir ist heute meine damalige Gefühlswelt nicht mehr so präsent, um mit Sicherheit sagen zu können (kann man das überhaupt?), was meine Impulse waren, der EVG beizutreten, und mich selbst zu “besteuern”. Es konnte ja ohnehin nicht so viel sein, weil ich damals schon drei meiner vier Kinder finanziell zu versorgen hatte. Aber genau mit dieser Bemerkung habe ich auch etwas ausgesprochen: nämlich dass bei mir die “Rechte wissen musste, was die Linke tut”. Also, es war nicht so viel, aber aus unserer Wertethik heraus waren wir dazu angehalten “Etwas zu tun”. Aber wie ist das dann eigentlich, wenn ein Mensch nicht nach christlichen Werthaltungen erzogen wurde und trotzdem auch gibt? Steckt dahinter vielleicht doch etwas Universelles? Mitmenschlichkeit, soziale Verantwortung, Solidarität: Als eine positive Erfahrung eines “Wir im Ich”, eine gemeinschaftliche Verpflichtung, eine Verantwortung für die größere Gemeinschaft? Der Entwicklung einer moralischen Instanz für das, was wir unter “Mitmenschlichkeit” verstehen, und dem, was einen Menschen antreibt zu helfen, sich für andere einzusetzen hat mich schon lange interessiert: Daher war es mir auch ein Anliegen, diese Thematik in meiner (späten) Diplomarbeit zu behandeln.

Es hat mich interessiert, aber ich weiß heute auch, dass sich wissenschaftliche Antworten aus den Fragen selbst ergeben, auch wie genau und erschöpfend sie gestellt werden. Dass also wissenschaftliche Antworten auch nur Näherungen an das sein können, was wir unter Wahrheit verstehen.

Und wenn auch meine Gutachterin nicht alles gelten lässt, was ich da behauptet habe, soviel konnte ich doch “wissenschaftlich” belegen: Es kann eine gewisse “emotionale Fundierung” (das positive und mitmenschliche Erleben der eigenen Kindheit) ganz entscheidend sein, wie leicht oder schwer das Teilen als Grundphänomen von echter Sozialität angenommen werden kann. Ich für meinen Teil hatte das Glück, in einem “warmen Nesterl” aufwachsen zu können, eine Mutter zu haben (und auch einen Vater, der das unterstützte), die uns immer zum Teilen anhielt (wenn’s für uns Kinder auch nicht immer einfach war) und die nicht müde wurde – und das auch vorlebte – einzufordern, was man so gemeinhin unter ethischer Gesinnung versteht. Schließlich behauptete ich ganz unwissenschaftlich: Wer “Mangel” verspürt (in welcher Form auch immer), kann schwer teilen oder andere in seinem Tun mit bedenken. Aber gerade darum geht es auf dem Weg in eine gerechtere und in Folge friedvollere Gesellschaft.

Ich versuch’s für meinen Teil, wohl wissend, dass das nicht vollständig sein wird.

Herbert Ruthofer



UNSERE AKTUELLEN PROJEKTE

Unser Engagement für die NGO MIRIAM in Nicaragua und Guatemala

Seit 1992 ist die EVG Projektpartnerin von MIRIAM, einer NGO, die in Nicaragua - 1989 von Mag. Doris HUBER gegründet – die Frauen (vor allem Alleinerzieherinnen) ohne Schul- bzw. Berufs- oder Universitätsabschluss einen solchen mittels eines monatlichen Stipendiums ermöglicht.

Das Projekt wurde dann auf Guatemala ausgeweitet, wo die Analphabetinnenrate, vor allem bei indigenen Frauen am Land) bei über 90 % liegt und ein nur minimaler Prozentsatz an Frauen einen Hochschulabschluss hat.

Das Programm von MIRIAM/Nicaragua umfasst auch Alphabetisierungskurse bzw. Berufsausbildungskurse für Frauen und Mädchen in Esteli und seit drei Jahren auch psychologische Betreuung für Frauen, die familiärer Gewalt ausgesetzt sind sowie Rechtsberatung für Frauen in Scheidung.

Die EVG und das Land Steiermark haben seit 1992 das Stipendienprogramm in Nicaragua und das Stipendienprogramm in Guatemala seit 1995 gefördert. Seit drei Jahren unterstützen wir auch die Rechtsberatung in Nicaragua finanziell.

Die familiäre Situation von Alleinerzieherinnen ist sehr prekär. Sie müssen neben einem schlecht bezahlten Job ihre Kinder betreuen und sollen auch noch studieren bzw. einen Schulabschluss machen. Meist gelingt ihnen das nur unter Mithilfe ihrer Verwandten. Die Stipendiatinnen arbeiten darüber hinaus noch in sozialen, Kirchlichen oder anderen Bildungseinrichtungen mit, was eine Voraussetzung für den Erhalt eines Stipendiums mit.

Durch MIRIAM erfahren sie neben dem Stipendium Hilfe und Beratung fürs Studium, für ihre persönliche Entwicklung durch Weiterbildungsseminare und psychotherapeutische Workshops und Bewusstseinsbildungsseminaren. („Empowerment“), es gibt aber auch Studienabschlussunterstützung für die Diplomandinnen.

In Guatemala ist die Situation der Stipendiatinnen erschwert durch die tagtägliche Gewalt auf der Straße, in Bussen, vor allem nachts und frühmorgens. Oft erleidet eine Stipendiatin zwei bis drei Überfälle pro Jahr!

2007, im Wahljahr, (es kam ein Sozialdemokrat an die Spitze des Staates) haben sich mehrere Stipendiatinnen als Kandidatinnen auf Gemeindeebene oder als Wahlbeobachter



innen zur Verfügung gestellt. Dies geschah auch auf Grund von Kursen in politischer Bildung, die MIRIAM Guatemala durchgeführt hat.

Diese NGO hat sich auch mit anderen NGOs ähnlicher Zielsetzung vernetzt.

20 Stipendiatinnen haben 2007 das 1. Semester bestanden. 24 Diplomandinnen wurden in entsprechenden Begleitkursen betreut. fünf Diplomandinnen haben ihr Studium mit dem Titel Magistra abgeschlossen.

12 Seminare mit dem Schwerpunkt politische Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und psychotherapeutische Workshops wurden 2007 durchgeführt.

Rechtsberatung in ACHUAPA / Nicaragua und umliegenden Gemeinden:

Die Rechtsberatung wurde von der ehemaligen Stipendiatin und jetzigen Rechtsanwältin Irma Gutierrez-Ponce gegründet, besteht seit 1995 und wurde seit jeher von der DKA (Dreikönigsaktion) unterstützt.

Dieses Programm wurden seitdem auf Grund der vielfältigen Probleme in Nicaragua (vor allem hinsichtlich der Gewalt in der Familie, Vergewaltigungen inner- und außerhalb der Familie, Scheidungen und Unterhaltspflichten) ausgeweitet.

Seit 2006 leistet es Pionierarbeit in ländlichen Gemeinden, besteht aber auch weiterhin in Managua.

Es war das Anliegen lokaler Frauengruppen und ehemaliger Stipendiatinnen und dem Gemeinderat von Achuapa, dass ein Beratungszentrum gerade dort entstand.

Die Projektmitarbeiterinnen und ehemaligen Stipendiatinnen von Achuapa, eine ist Sozialarbeiterin, die andere Anwältin, halten Workshops und Kurse zu rechtlichen und sozialpsychologischen Themen ab, denn die ländliche Bevölkerung dort hat keine Ahnung von ihren Rechten, damit sie ihre Rechte nicht nur kennen lernt, sondern auch verteidigt.

Im ersten Halbjahr 2007 wurden 614 Frauen und Mädchen aus El Sauce (eine Kleinstadt in der Nähe von Achuapa) und 90 aus Achuapa und Umgebung geschult.

Psychologische Betreuung nahmen 162 Personen in Anspruch.

Insgesamt wurden in El Sauce 1001 TeilnehmerInnen bei Workshops gezählt, in Achuapa über 580. Eine enge Zusammenarbeit besteht zwischen der Polizeistation und dem Bezirksgericht.

Somit ist MIRIAM eine sehr wichtige Institution der Zivilgesellschaft in Nicaragua und Guatemala geworden, die eine entsprechende Breitenwirkung in die Familien und in die Gesellschaft hinein entfaltet hat, vor allem auf Grund der Tatsache, dass sich die ehemaligen Stipendiatinnen einerseits wieder bei MIRIAM engagieren, andererseits, weil sie durch die soziale Kompetenz, die sie sich bei MIRIAM erworben haben, in anderen Bereichen der Zivilgesellschaft weiterwirken.

Wie heißt ein Leitsatz der Entwicklungspolitik?

Willst du einen Staat / eine Nation entwickeln, bilde seine Frauen aus.

B.Gerhold, Projektbearbeiterin.

PROJEKT CEFILAC – CENTRO DE FORMACIÓN INTEGRAL DE LIDERAZGO Y ACCIÓN CIUDADANA

Zentrum für ganzheitliche Bildung von Gruppenleitern und Aktionsschulung in Riobamba, Ecuador

In den vergangenen Jahren hat der Kanton Riobamba – und hier insbesondere die irregulär besiedelten marginalen Zonen – einen bedeutsamen Bevölkerungszuwachs erfahren, vor allem durch den Zuzug aus dem ländlichen Raum. Die BewohnerInnen der Randgebiete erleben aufgrund ihrer sozialen, ökonomischen und kulturellen Situation (Fehlen von Infrastruktur, aufgrund von gesundheitsgefährdender Wohnsituation, hoher Arbeitslosenrate, niedriger Haushaltseinkommen) einen Prozess sozialen Ausschlusses.

Diese Bedingungen treffen in verschärftem Ausmaß Kinder und Jugendliche: Kinderarbeit, schlechte Schulleistungen und Schulabbruch, Scheidungen, fehlendes Bewusstsein der Erwachsenen über die Bedürfnisse und Rechte der Kinder und Jugendlichen, Misshandlungen, ethische Diskriminierung (Quichua-Migrantenkinder), fehlende Mitgestaltungsräume und -möglichkeiten, fehlende Freizeitgestaltung etc.

Das Projekt CEFILAC will die Entwicklungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen dieser Randviertel verbessern. Durch ein ganzheitliches Bildungs-

angebot werden die sozialen Beziehungen, der Selbstwert, die Fähigkeit zu Selbstreflexion und die Motivation für die weitere Ausbildung der TeilnehmerInnen gefördert, sowie Bewusstsein über die sozialen Bedürfnisse und Rechte geschaffen und deren Einforderung ermöglicht. Das partizipative, pädagogische Konzept erlaubt es den Kindern und Jugendlichen ihre eigenen Potenziale, Vorstellungen und Vorschläge zu entwickeln und einzubringen. In diesen Prozess eingebunden sind auch Eltern, Schulen und Stadtviertelorganisationen, sowie öffentliche Institutionen und NROs. Auf lange Sicht sollen die TeilnehmerInnen befähigt werden lokale Entwicklungsprozesse selbst zu leiten, aktiv ihre Rechte wahrzunehmen und auf politischer Ebene Einfluss zu nehmen. Damit soll ein kollektiver kultureller, sozialer und politischer Entwicklungsprozess in den Randvierteln ermöglicht werden.

Es wird eine breite Palette von Workshops angeboten, die eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit und kreativen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen fördert (Malerei, Tanz, Theater, Sport, Radiojournalismus etc.) und Grundkenntnisse über soziale Kompe-

tenzen, Gruppenbildungsprozesse, politische Partizipation, Grundrechte etc. vermittelt. Durch eine enge Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Einrichtungen und NROs leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zur

Vernetzung der Kinder- und Jugendarbeit und zur politischen Artikulation von Kinder- und Jugendanliegen und Kinderrechten. Geleitet wird das Projekt von Dr. Marliza Garcia und der Anthropologin Martha Bonilla.

ASONICMU (Asociación Nicaragüense Pro-Defensa de la Mujer = Nicaraguanische Vereinigung für die Verteidigung der Frauenrechte)

ist ein eingeschriebener Verein zur Förderung von Frauenprojekten und wurde 1990 in Managua gegründet.

Der Verein betreut zwei große Projekte:

Das Frauenzentrum ISNIN: bietet seit 15 Jahren systematisch Frauen Weiterbildung in den Bereichen Alphabetisierung, Schulung von Kursleiterinnen, Vorbereitung von Präventivkampagnen u.a.m. an. ISNIN liefert den Frauen gynäkologische und allgemeine medizinische Betreuung, Schwangerschafts- und Familienberatung, psychologische Beratung und Rechtsberatung.

Die Bäckerei TONALLI: wurde im Jahr 1992 gegründet. Die Bäckerei bietet derzeit fünfzehn allein erziehenden Frauen und drei Männern aus unteren sozialen Schichten Arbeit. Die Angestellten erhalten weiters in regelmäßigen Abständen über das Jahr verteilt Fortbildungskurse nicht nur zur Vermittlung von

Fachwissen sondern auch zur Stärkung eines gesellschaftspolitischen Bewusstseins.

Die Bäckerei TONALLI produziert ausschließlich Waren aus biologischem Anbau und setzt sich für eine ausgewogene Ernährung ein. Die Produkte sind trotz der enormen Konkurrenz, die seit einigen Jahren auf dem Markt besteht – wie etwa durch große Supermarktketten, die auch im Stadtviertel von TONALLI unter Einsatz großer Kapitalinvestitionen entstanden sind – weiterhin von sehr hoher Qualität. TONALLI hat sich trotz aller Schwierigkeiten auf dem Markt behauptet und konnte auch den Personalstand halten, auch wenn die Gewinne niedriger waren als erwartet. Die Preise konnten aufgrund der Tatsache, dass in Nicaragua wenig Geld im Umlauf ist, nicht erhöht werden; außerdem besteht weiterhin der Anspruch, dass die Produkte eine Verbreitung unter allgemeinen Bevölkerungsschichten finden.

CEDEFES – Dokumentationszentrum Eloy Ferreira da Silva – Belo Horizonte/Brasilien

Das CEDEFES wurde 1985 als Dokumentationszentrum gegründet, um die vielfältigen Konflikte und den gewaltfreien Kampf Einzelner und von Basisorganisationen um ihre Rechte zu dokumentieren und zu veröffentlichen um die Betroffenen in ihrem Kampf zu begleiten und zu unterstützen.

Der Name des Zentrums ist eine Ehrung des Landarbeiters und Gewerkschafters Eloy Ferreiro da Silva, der am 16. Dezember 1984 im Tal des Sao Francisco, Minas Gerais, ermordet wurde.

Im Laufe der Jahre wurden viele Themen von öffentlichem Interesse aufgenommen, dokumentiert und publiziert, mit dem Ziel die kulturelle und politische Bildung der Bevölkerung von Minas Gerais zu fördern. Zwei zentrale Themen stehen dabei im Vordergrund:

die Landfrage und die Frage der indigenen Bevölkerung von Minas Gerais. Ein Schwerpunkt ist die Umsetzung der Menschenrechte für die BewohnerInnen der Quilombos, den Fluchtdörfern der Nachkommen afrikanischer Sklaven.

Das CEDEFES sammelt und dokumentiert Material, das für die Basisorganisationen der LandarbeiterInnen, der Landlosen, Afrobrasilianerinnen, die indigene Bevölkerung, SchülerInnen und ProfessorInnen vor allem öffentlicher Schulen, aber auch für Organisationen der zivilen Gesellschaft (Gewerkschaften, Vereine, PastoralassistentInnen, soziale Bewegungen etc.) von großer Bedeutung ist.

Die Bibliothek enthält Bücher, Berichte, Zeitungen, Zeitschriften und auch viele Texte

der sozialen Bewegungen. Seit 1985 werden relevante Zeitungsausschnitte und Artikel gesammelt, ebenso Landkarten und Plakate. Es gibt eine Videothek und eine Sammlung von Gebrauchsgegenständen und Kunsthandwerk der indigenen Bevölkerung.

Zahlreiche Seminare und Diskussionen, aber auch Filmabende tragen dazu bei, die Bildung

eines staatsbürgerlichen Bewusstseins in der Bevölkerung zu fördern.

2003 übersiedelte das CEDEFES nach Belo Horizonte in das Zentrum für Bürgerrechte, in dem mehr als acht auf sozialem Gebiet tätige Organisationen arbeiten.

TANSANIA – DAS LAND UNSERES LÄNGSTWÄHRENDEN PROJEKTPARTNERS

Nach den Statistiken des Deutschen Auswärtigen Amtes vom Mai 2008 ist Tansania zweieinhalb mal so groß wie Deutschland, zählt augenblicklich 38,3 Mio EinwohnerInnen. Das Bevölkerungswachstum liegt bei 1,8 % . 40 % sind Christen, 30 % Moslems und 30 % andere.

Tanganjika erlangte 1961 die Unabhängigkeit vom britischen UN-Mandat, Sansibar 1963. 1964 wurden beide vereinigt. Tansania ist seither eine Präsidentialrepublik, Sansibar ein weitgehend unabhängiger Teil. Staatsoberhaupt und Regierungschef werden alle fünf Jahre gewählt. Die Mehrheitspartei ist die CCM, die Revolutionspartei von 1961, es gibt jedoch heute 17 Oppositionsparteien. Das Land ist in 26 Regionen unterteilt. Das BIP betrug 2007 14,2 USD, das Pro-Kopf-BIP betrug 355 USD p.a. Somit ist Tansania **eines der ärmsten Länder der Erde**, gleichzeitig gehört es **zu den politisch stabilsten Afrikas**. Den größten Anteil am BIP hat die Landwirtschaft mit 45%, der Industriesektor mit nur 17%. Die Wirtschaft wächst um 5 bis 6 Prozent pro Jahr.

Die Gemeinschaft der Geberländer, v.a. EU-Staaten, bescheinigt dem Land eine hohe Entwicklungsorientierung. In den Budgetansätzen orientiert sich die Regierung an Wirtschaftswachstum, sozialer Entwicklung und guter Regierungsführung. Die Geberländer werden in die Entwicklungsstrategie der Regierung mit eingebunden und müssen sich an den Entwicklungszielen des Landes orientieren. 40% des Budgets bestreiten jedoch die Geberländer laut DED – Statistik. Tansania hat eine **hohe Staatsverschuldung**, vor allem bei internationalen Institutionen, so gibt die Regierung **40% des Budgets für die Schuldentilgung** aus! 30% für die fixen Staatskosten und nur 30% stehen zur freien Gestaltung zur Verfügung.

Die Geberländer haben sich mit der Regierung auf eine 20:20-Lösung zur **Bekämpfung der ländlichen Armut** geeinigt. („Millenniumsziele“)

In erster Linie geht das Geld in die **WASSERVERSORGUNG** der ländlichen Bevölkerung. Auf administrativer Ebene wird die **Dezentralisierungspolitik der Regierung** unterstützt, unter Einbeziehung der lokalen NGOs.

Die GESCHICHTE des jungen Staates wurde zuerst von der UJAMAA-Politik ihres ersten Präsidenten, Julius NYERERE geprägt. Sie ist eine Politik der Nachbarschaftshilfe, der **dörflichen Entwicklung**. Ein zweites Ziel Nyereres war die „**Self Reliance**“. Nyerere wollte, dass das Land wirtschaftlich unabhängig werde, sich die Menschen ihrer eigenen Kräfte und Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten besinnen. Nyerere hat es geschafft, einen stabilen Staat zu schaffen, wirtschaftlich war er nicht so erfolgreich, weil alles planwirtschaftlich von oben dirigiert wurde und sich das Land zunehmend isolierte. Unter Nyereres Nachfolger Mwinyi kam es zu **einer wirtschaftlichen Liberalisierung**, die in ungezügelter Wirtschaftspiraterie mündete. Seither kam es zu einer **ganzheitlichen Entwicklungsstrategie**, die im Land selbst erarbeitet wurde („Poverty Reduction Strategy Papers“), wobei die **Zivilgesellschaft einbezogen** wurde. Sie enthielt auch die **Privatisierung von Staatsbetrieben**, auch **Anreize für ausländische Investoren** (Tourismus, Bergbau) Die landwirtschaftlichen Exportprodukte sind Kaffee, Tee, Baumwolle, Sisal, Cashewnüsse, Blumen. (Wobei der ständige Preisverfall auf dem internationalen Markt sich negativ auswirkt). **Vier Fünftel der TansanierInnen** leben von der **eigenen Subsistenz** (Mais, Bohnen, Gemüse), dabei kommt es zu regionalen Hungersnöten, weil die Produktivität niedrig ist. Mehr als die Hälfte des Volkseinkommens wird auf dem **informellen Sektor** erwirtschaftet: (Straßenküchen fliegende Händler etc) Tansania ist noch immer das drittärmste Land der Erde. Aber der Human

Development Index ist besser als der Human Poverty Index. 32% der TansanierInnen leben in extremer Armut.

Gute Erfolge hat das Land in der **Bekämpfung der Korruption** erzielt, wobei das Engagement der NGOs wie auch die **freie Presse** eine große Rolle spielen. Tansania hat das Image eines „Fasses ohne Boden“ verloren und ist **wieder zu einem Hoffnungsträger geworden**.

UNSERE PROJEKTE in BABATI (Region Manyara)

Die Projektpartnerschaft zwischen **FIDE („Friends in Development Trust Fund“)** und EVG dauert schon 14 Jahre, sie wurde durch Eva Schröcksnadel, die agile Projektbetreuerin der Städtepartnerschaft Salzburg -Singida, in die Wege geleitet, indem sie mir schrieb, sie sei in Kontakt mit einer jungen NGO, die eben zwei wichtige Projekte anbietet. Herr MGALLA, Executive Director von FIDE, war zuvor Projektbetreuer von CDTF gewesen, wollte aber unabhängig werden. FIDE befasst sich seit seiner Gründung mit der ländlichen Entwicklung im Raum Babati, der kleinen Distrikthauptstadt, wobei für FIDE die **NACHHALTIGE** ländliche Entwicklung eine wichtige Rolle spielt.

Im Jahr 2004 stellte uns Herr Mgalla ein Projekt von insgesamt 13.400,- € vor, das dann hauptsächlich durch die EVG vom Land Steiermark gefördert wurde.

Es handelte sich um ein Trainingsprogramm für die Bauern und Bäuerinnen von HALLA, einem Dorf von 3000 EinwohnerInnen, das unter Bodenerosion und schlechten Bebauungsmethoden litt und deshalb schlechte Ernten hatte.

Das Programm enthielt das Anlegen von Terrassen, um die gute Erde auf dem Feld zu belassen, **„Agro Forestry“**, d.h. das Anlegen von Baumreihen rund um Felder oder Gärten, um die Feldfrüchte bzw. das Gemüse vor dem Ausdörren zu bewahren, die Erzeugung und die Anwendung von Kompost, die Fruchtwechselwirtschaft, Baumschul-Management, verbesserte Haltung vom Zebu-Rind, (Stallhaltung) Milchkuhhaltung (durch Kreuzen von Zeburindern mit europäischen (Milchkuhrassen), Weidelandverbesserung, die Verbesserung der Gesundheit der Tiere, Geflügelhaltung, neue Anbaumethoden für Bananen und Bohnen, kurz ein beinahe „revolutionäres Programm“

Die Bauern und Bäuerinnen lernten bei Vorzeigebauern und in einer kirchlichen Landwirtschaftsschule. Danach begannen sie selbst ihre Felder in Terrassen anzulegen, verbesserte Anbaumethoden anzuwenden, Kompostierung und bauten luftige Unterstände für ihre Milchkühe.

Nach dem Bau der Ställe und der verbesserten Milchkuhhaltung lernten einige Bauern und dörfliche Handwerker **den Bau von Biogasanlagen** und sie lernten, das Gas in die Häuser für den Gaskocher und die Gaslampe einzuleiten. Dazu wurde ein Techniker aus Arusha verpflichtet, Kurse durchzuführen.

Dies war wichtig, weil die Konstruktion der Biogasanlagen durch einen Fachmann aus der



Stadt für die Bauern nicht leistbar war. Nun, mit einem Fachmann aus dem Dorf, war dies viel leichter finanziell möglich.

Die Bauern gründeten einen Spar- und Kreditverein. Diejenigen, die schon Geld von FIDE für den Bau der Biogasanlage bekommen hatten, zahlten die Hälfte des Geldbetrags in die Sparkasse ein, um so einen Kreditfonds für andere DorfbewohnerInnen zu schaffen, die auch eine Biogasanlage haben wollten. 2010 werden mehr als die Hälfte der RinderhalterInnen Biogasanlagen haben, aber es werden sich auch die Milchkuhbauern und -bäuerinnen vermehrt haben, weil jeder Besitzer von Milchkühen die ersten zwei Kälber an weitere AnwärterInnen als Spende abgeben muss.

Das Projekt startete im Jahr 2006 mit 15 Bauern und Bäuerinnen. Ich konnte mich selbst in diesem Jahr vom Erfolg des Projekts überzeugen.

Im Herbst 2006 kam der Antrag auf Projektunterstützung für den **Ausbau einer Wasserversorgung im Dorf Endanoga**. Zuvor hatten wir schon Wasserversorgungsanlagen in den Dörfern Halla und Nangara finanziert.

In jedem dieser Dörfer mussten die BewohnerInnen selbst die Wasserrinnen für die Wasserrohre graben, die Wasserrohre zu ihrem



Bestimmungsort tragen und beim Bau der Wassertanks helfen. Sie gründeten ein „**Wassermanagement-Team**“, das wiederum von MitarbeiterInnen von FIDE ausgebildet wurde, das sich um die Instandhaltung der Anlagen kümmert, den Wasserzins von allen Teilhabern kassiert etc. In Halla und Nangara haben die Häuser die Wasserleitung nicht weiter als eineinhalb Kilometer vom Haus entfernt, früher waren es weite Strecken hin zur nächsten Quelle oben am Berg. Nun haben die Frauen mehr Zeit für ihren Gemüsegarten, ihre Geflügelhaltung, die kleine Baumschule, das Melken der Kühe. Ihren Überschuss verkaufen sie auf den Märkten der Städte Gallapo und Babati.

In Endanoga haben wir und selbst von der Notwendigkeit der Wasserversorgung überzeugen können. Inzwischen steht dieses Projekt in der zweiten Ausbauphase, d.h. der zweite Teil des weitläufigen Dorfes erhält jetzt gerade ihre Wasserleitung und dort wird auch eine neue

Secondary Scholol gebaut, damit die älteren Jugendlichen auch zuhause ihren Reifeprüfungsabschluss machen können.

Bei meinem Besuch diskutierten wir auch ausführlich über das **Milchverarbeitungsprojekt**. Jetzt wird bald der Eigenbedarf mit Milch im Dorf gedeckt sein, der Überschuss soll weiterverkauft werden, es müssen Milchsammelstellen, Transportgefäße, Kühlanlagen (die wiederum Stromerzeugung durch Fotovoltaikanlagen voraussetzen) geschaffen werden, denn die Erzeugung wird um 50% zugenommen haben. Der Markt ist natürlich noch lange nicht gesättigt.

Es müssen also wiederum Bauern und Bäuerinnen zum Training geschickt werden, um Yoghurt, Butter, und Käse produzieren zu können. Herr Mgalla und sein Team hatten bei meinem Besuch damit gerechnet, im Juli 2007 anfangen zu können. Inzwischen hat sich alles als viel schwieriger herausgestellt, v.a. bei der Anschaffung der Geräte, die jetzt in Nairobi gekauft werden. Man startete erst jetzt im Juli 2008 mit einem Probetrieb. Wir erwarten einen Zwischenbericht in naher Zukunft.

Nyereres Ideen für Tansania (dörfliche Entwicklung und „Self reliance“) in neuen Verpackungen? – Jedenfalls vielversprechende Schritte zu einem unabhängigen Leben in Würde und bescheidenem Wohlstand. – aus solchen Gebieten voller Entwicklungschancen fliehen keine Leute nach Europa, in eine ungewisse Zukunft!

WITWENWOHNSTÄTTEN in Tamil Nadu/Indien

Witwen in Indien haben in der männerorientierten indischen Gesellschaft keinerlei Ansehen. Sie werden für den Tod ihrer Männer verantwortlich gemacht, sind totaler Unterdrückung und Ausbeutung ausgeliefert. Sie haben keinen Anspruch auf ein Erbe, die Eltern des verstorbenen Mannes können alles zurückfordern. Die meisten von ihnen haben kein Einkommen, müssen aber sich selbst und ihre Kinder ernähren und kleiden. Wenn sie schon Arbeit finden, dann meist nur als schlechtbezahlte Saisonarbeiterinnen.

Dieses Projekt soll Witwen, vorerst im Raum Mettur-Pagandai (Tamil Nadu) unterstützen, sie fördern und ihnen ihre Unabhängigkeit zurückgeben.

Durch den Ankauf eines Feldes und den Bau eines Gemeinschaftshauses, lernen Witwen eine neue Art des Zusammenlebens. In diesem Haus werden nur Witwen und ihre Kinder aufgenommen. So sind sie auch vor Angriffen der Familie ihres verstorbenen Mannes und der Ächtung durch die Gesellschaft weitestgehend geschützt.



Alle anfallenden Tätigkeiten im Haus verrichten sie selbst. Jüngere Witwen unterstützen ältere. Sie können sich in der Hausarbeit und Kinderbetreuung gegenseitig helfen. Sie haben auch die Möglichkeit in nahe gelegenen Krankenhaus Arbeit zu finden.

Als zusätzliche Einnahmequelle ist geplant Milchtiere (Kühe, Ziegen, Schafe) anzuschaffen. So gibt es Milch für den Eigenbedarf und auch für den Verkauf. In Folge können dann auch Tiere gezüchtet und auf dem Markt verkauft werden.

PROJEKT NEEED (=Nimbus Enfance Environnement Education Développement) ALPHABETISIERUNG VON JUNGEN MÄDCHEN in BURKINA FASO /Provinz Yatenga

NEEED ist ein Projekt, welches von einer Gruppe von Lehrern aus Burkina Faso gegründet wurde, um junge Mädchen auf dem Land in ihrer Alphabetisierung zu unterstützen. Das Projekt bezieht sich auf die Primärschulen der Dörfer Goko, Loubre, Goutoula, Pella, Gossere, Bonsomnora, Douma und Tangaye in der Provinz Yatenga im Norden von Burkina Faso.

Die Einschulungsrate der Mädchen in dieser Provinz betrug am Beginn des Projektes lediglich ca.* 16,5% gegenüber ca. 42% der Burschen, was eine starke Diskrepanz zeigte und konkrete Maßnahmen zur Veränderung dieser Situation erforderte.

Mit den NEEED-Projekten sollen die Eltern in den Dörfern von der Notwendigkeit der Alphabetisierung der Mädchen überzeugt werden und den Mädchen selbst durch die Vergabe von Stipendien die Möglichkeit gegen werden, Bildung zu erwerben. Zukünftige Frauen und Mütter sollen dazu gebracht werden, ihre Rollen in der Gesellschaft mit Verantwortung zu übernehmen und sich zu emanzipieren. Von den Mädchen soll eine Multiplikatorwirkung ausgehen, die nur dann möglich ist, wenn sie gut schreiben und lesen können. Die Primärschulen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Burkina Faso liegt in der Sahelzone und ist durch seine geografische Lage stark benachteiligt. Aber auch das herrschende politische und soziale System trägt nicht gerade die Keime der Entwicklung in sich - im

Gegenteil: es liegt noch ein langer Weg vor uns. Die damit verbundenen Probleme bringen es mit sich, dass viele Eltern es sich nicht leisten können, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Überdies meinen viele Eltern, dass Mädchen ohnehin nicht „rentabel“ sind da sie bald heiraten und zu ihrem Ehemann ziehen. In diesem Umfeld haben Kinder im allgemeinen und Mädchen im besonderen fast keine Chance, eine Schule zu besuchen.

Mehr als 52% der Bevölkerung sind Frauen, die meisten von ihnen Analphabeten. Wie aber kann sich ein Land entwickeln, dessen Mehrheit weder lesen noch schreiben kann?

Konkrete Maßnahmen von NEEED:

Die Kosten für Schulmaterialien pro Mädchen und Jahr belaufen sich auf ca. € 73.-. Mit der Übernahme einer Patenschaft in Höhe von € 73 kann somit ein Mädchen 1 Jahr lang die Schule besuchen. Weiters lernen die Mädchen mit Hilfe eines Schafzuchtprojektes sich selbst zu helfen.

Mit Hilfe von Partnern in Österreich, Deutschland, USA, Kanada und UNICEF kann NEEED pro Schuljahr durch Patenschaften und andere Hilfeleistungen 477 Mädchen die Chance geben, eine Schule zu besuchen.

Mit Hilfe von UNICEF konnte inzwischen ein Schulbau für die Sekundarstufe in Höhe von € 18.351.- finanziert werden. Dort werden zwischenzeitig 2 Klassen mit insgesamt 120 Mädchen geführt.

Nach mühsamen Grabungsarbeiten steht nunmehr auch ein Brunnen zur Verfügung.

30 Jahre Erklärung von Graz

Die steiermärkische Landesregierung übernimmt seit Jahren 10 Patenschaften; die EvG beteiligt sich mit € 1.000.- pro Jahr an diesem Projekt.

Ein Projekt (gemeinsam mit der steiermärkischen Landesregierung, die Sekundarschule mittels einer Photovoltaikanlage mit Strom zumindest für einige Computer zu

versorgen kann noch nicht realisiert werden, wegen der Diskrepanz zwischen Kostenvoranschlag und derzeit von der Firma in Burkina Faso verlangten Preisen. Doch arbeiten wir daran, es doch noch auf die Reihe zu bekommen.

Wido Stracke, Projektbetreuer



CHILD's SMILE – Thailand/Burma

„Zwei Dinge sollten Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel“

Child's Smile wurde 2006 als gemeinnütziger Verein von Julia Mayerhofer gegründet.

Der Verein unterstützt diverse Hilfsprojekte in Nordthailand, in der Umgebung der Provinzhauptstadt Mae Hong Son. Hauptsächlich geht es dabei darum, Grundbedürfnisse, also Bildung, Nahrung, eine sichere Unterkunft und medizinische Versorgung für die vielen Flüchtlingskinder aus Burma sicherzustellen.

Unterstützt werden Schulen, Waisenhäuser (viele Kinder haben ihre Eltern auf der Flucht

verloren, sie wurden vom Militär getötet oder auch für Zwangsarbeit rekrutiert und kamen dabei ums Leben) und Dörfer im Grenzgebiet, wo kaum jemals internationale Hilfe ankommt.

Eines der Projekte das von der EvG gefördert wird, ist die bauliche Erweiterung des Computerraumes und der Bibliothek) des Nai Sol Community Learning Center, das die lokale Bevölkerung unterstützt, indem es eine höhere Mittelschulbildung sicherstellt, besonders für Flüchtlingskinder, die über keine finanziellen Ressourcen verfügen.

Das waren noch Zeiten.....(auch Rückblicke müssen sein!)

Seite 11 Kleine Zeitung
Mittwoch
9. Dezember 1981

Serie



„In Europa formiert sich eine Ablehnungsfront, die sich allmählich zu einer Bewegung auswächst... Sie vereinigt Elemente der Bürgerrechts- und Befreiungsbewegung in sich, sie ist bürgerlich, christlich, sozialistisch, anarchistisch zugleich. Sie ist getragen vom Bewußtsein geradezu apokalyptischer Zukunftsaussichten für die Welt und trotzdem nicht ohne Heiterkeit, also ‚alternativ‘.“

Wolf Steinhuber hat das in der Zeitung der „Erklärung von Graz“ (EvG) geschrieben.



Peter Pritz (l.), einer der Initiatoren der alternativen Liste in Graz

Hausknecht und Specktrumm

Die EvG: 1973 wurde nach einer 3.-Welt-Informationswoche des „Afro-Asiatischen Institutes“ die „Aktion kritischer Konsum“ gegründet, deren zehn bis zwanzig Mitglieder sich zur Änderung ihres persönlichen Lebensstiles und zur Zahlung von zehn Prozent ihres Einkommens für die dritte Welt verpflichteten. Mit dem ersparten Geld und viel Phantasie wurden eigene Projekte in Tansania, Brasilien, Mexiko etc. finanziert. Ähnliches kannte man aus der BRD, vor allem im kirchlichen Raum; auch zur 68er-Bewegung gab es „unterirdische Verbindungen“. Im Lauf der Dritten-Welt-Arbeit merkten die Selbstbesteuerner aber bald, daß dazu auch Bewußtseinsbildung in der eigenen engsten Umgebung gehört. Man lernte die „Erklärung von Bern“ kennen, die solches bereits praktizierte, und taufte sich selbst 1976 dementsprechend in „Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung“ um. Und „die Einsicht, daß die Unterentwicklung in der 3. Welt ihre Kehrseite in einer „Überentwicklung“ in den reichen Ländern hat, daß die Menschen in den Entwicklungsländern ihre Situation nur dann wirksam verbessern können, wenn sich unser Lebens- und Wirtschaftsstil ändert, führte die EvG in die Alternativbewegung“ (Flugblatttext).

Als eine der ersten Gruppen nahm die EvG den damals noch sinnlos erscheinenden Kampf gegen die Inbetriebnahme des Kern-

kraftwerkes Zwentendorf auf. Sie kristallisierte sich als „Anlaufstelle für Alternativler“ heraus, hielt Kontakte zu kirchlichen Gruppen ebenso wie zu Bürgerinitiativen und Jungsozialisten. Im Jahr rund um das „Wunder von 1978“, als sich eine ungemein knappe Mehrheit der Österreicher gegen die Atomkraft aussprach, hatte die EvG auch den stärksten Zulauf. Damals entstand auch ein über 80 Seiten starkes „Thesenpapier“, das in nahezu allen Bereichen des Lebens Analysen, Forderungen und die Bereitschaft zur eigenen Aktion aufzählt: Die Art zu leben,

die das Industriesystem geschaffen hat, sei, heißt es da, „ein Betrug. Die steigende Zahl der Selbstmorde, der Griff nach Rauschgift und Alkohol, Jugendkriminalität, die beängstigende Zunahme psychosomatischer Erkrankungen sind ebenso unbestechliche Indikatoren für diese Entwicklung wie die immer sichtbarer werdenden Umweltschäden und über den Kopf wachsenden Müllhalden.“

Die Fülle der Themen, die aus dem simplen „Nein, danke“ erwachsen waren, konnte die EvG trotz rund 150 Mitgliedern und über 300 „Interessenten“ nicht

mehr bewältigen. Sollte sie auch nicht allein: Mittlerweile hatten fast alle „etablierten“ Organisationen grüne Pflänzchen ausgetrieben.

Was fehlte, war ein Vehikel, das eine Art Netz zwischen den verschiedensten Alternativlern spannte.

Seit Jänner 1981 gibt's auch das: Die EvG mietete zusammen mit der „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke“ (BIGA) ein ehemaliges großes Büro in der Grazer Prokopigasse, unweit vom Hauptplatz. Die hier gänzlich in Eigenregie aufgebaute, von einem Fördererkreis finanzierte „Dezentrale“ ist bereits jetzt weit mehr als Büro oder Treffpunkt für 20 bis 30 verschiedenste Gruppen: Sie bringt erstmals viele „Grüne“ unter ein Dach. Als „Hausknecht“ werkt für eine Entschädigung knapp unter dem Existenzminimum oben zitierter Wolf Steinhuber, gebürtig aus Steyr, ehemals Chemiestudent.

In der Dezentrale gibt es kulturelle und politische Veranstaltungen ebenso wie eine einschlägige Bibliothek oder die jeweils neuesten in- und ausländischen Alternativ-Zeitschriften. Hier trifft sich die „Alternative Liste Graz“ ebenso wie die Redakteure der beiden Grazer Stadtzeitungen „Uhrwurm“ und „Specktrumm“. Hier laufen Fäden aus ganz Österreich zusammen, ohne sich zu verknäulen. Und ein Telefon für Interessierte gibt's natürlich auch: 031 6/82 153.



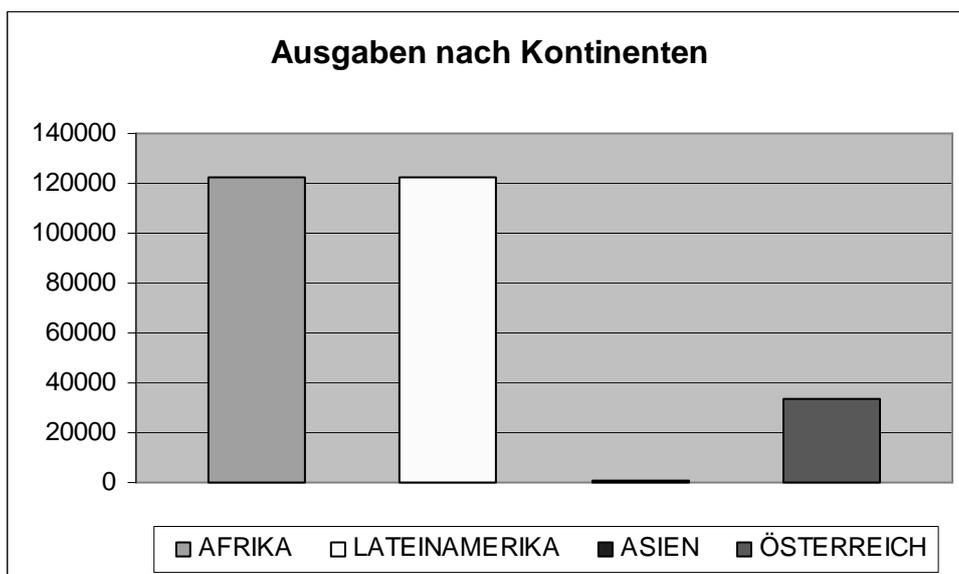
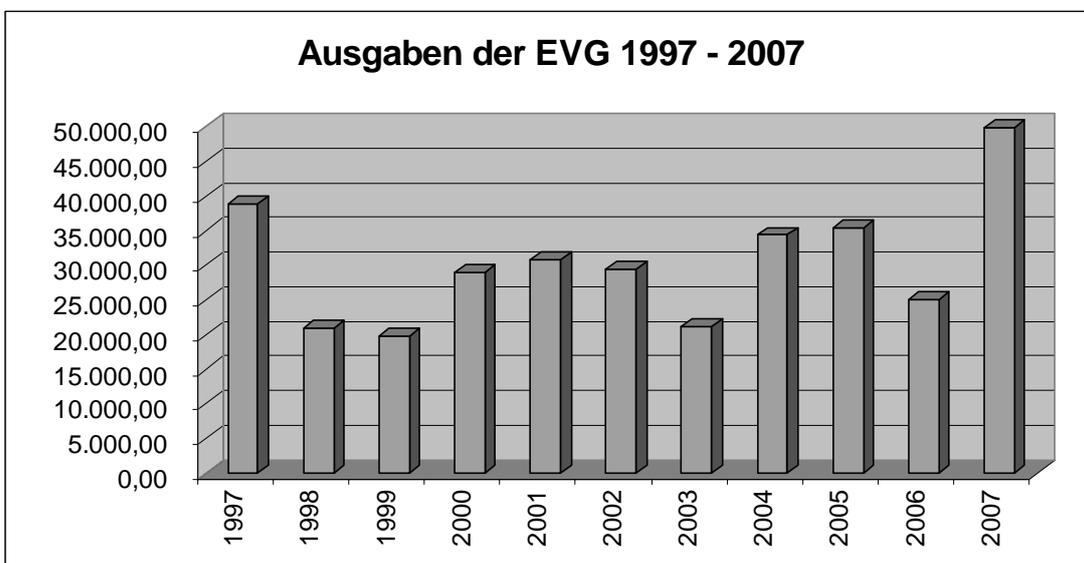
Netzwerk der Alternativen: In der Dezentrale laufen steirische und österreichische Fäden zusammen

FINANZBERICHT

Von 1978 bis 1996 wurden von der EVG **292.768,90 Euro** für Projekte aufgebracht. In diesem Betrag sind auch die Fördergelder des entwicklungspolitischen Beirates des Landes Steiermark inkludiert.

In den unten angeführten Diagrammen können Sie die finanzielle Entwicklung der Jahre 1997-2007 sehen.

Dank unserer fleißigen ZahlerInnen konnten wir in diesem Zeitraum **335.212,00 Euro** einnehmen. Der Anteil des Landes Steiermark an dieser Summe beträgt **143.905,00 Euro**.



Und zum Schluss noch eine schöne Geschichte:

Ein Investmentbanker stand in einem kleinen mexikanischen Fischerdorf am Pier und beobachtete, wie ein kleines Fischerboot mit einem Fischer an Bord anlegte. Er hatte einige riesige Thunfische geladen. Der Banker gratulierte dem Mexikaner zu seinem prächtigen Fang und fragte, wie lange er dazu gebraucht hatte. Der Mexikaner antwortete: „Ein paar Stunden nur. Nicht lange.“

Daraufhin fragte der Banker, warum er denn nicht länger auf See geblieben ist, um noch mehr zu fangen. Der Mexikaner sagte, die Fische reichen ihm, um seine Familie die nächsten Tage zu versorgen.

Der Banker wiederum fragte: „Aber was tun Sie denn mit dem Rest des Tages?“ Der mexikanische Fischer erklärte: „Ich schlafe morgens aus, gehe ein bisschen fischen; spiele mit meinen Kindern, mache mit meiner Frau Maria nach dem Mittagessen eine Siesta, gehe ins Dorf spazieren, trinke dort ein Gläschen Wein und spiele Gitarre mit meinen Freunden. Sie sehen, ich habe ein ausgefülltes Leben.“

Der Banker erklärte: „Ich bin ein Harvard-Absolvent und könnte Ihnen ein wenig helfen. Sie sollten mehr Zeit mit Fischen verbringen und von dem Erlös ein größeres Boot kaufen, bis Sie ein ganze Flotte haben. Statt den Fang an

einen Händler zu verkaufen, könnten Sie direkt an eine Fischfabrik verkaufen und schließlich eine eigene Fischverarbeitungsfabrik eröffnen. Sie könnten Produktion, Verarbeitung und Vertrieb selbst kontrollieren. Sie könnten dann dieses kleine Fischerdorf verlassen und nach Mexico City oder Los Angeles umziehen, von wo aus Sie dann Ihr florierendes Unternehmen leiten.“

Der Mexikaner fragte: „Und wie lange wird dies alles dauern?“ Der Banker: „So etwa 15 bis 20 Jahre“.

Der Mexikaner: „Und was dann?“ Der Banker lachte und sagte: „Dann kommt das Beste. Wenn die Zeit reif ist, könnten Sie mit Ihrem Unternehmen an die Börse gehen, Ihre Unternehmensanteile verkaufen und sehr reich werden. Sie könnten Millionen verdienen.“

Der Mexikaner: „Millionen. Und dann?“ Der Banker: „Dann könnten sie aufhören zu arbeiten. Sie könnten in ein kleines Fischerdorf an der Küste ziehen, morgens lange ausschlafen, ein bisschen fischen gehen, mit ihren Kindern spielen, mit Ihrer Frau eine Siesta machen, in das Dorf spazieren, am Abend ein Gläschen Wein genießen und mit ihren Freunden Gitarre spielen.“

Anmerkungen:

Wie geht es weiter mit der Entwicklungspolitik

- ¹ Vgl. Franz Nuscheler/Michèle Roth (Hrsg.), Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitische Königsweg oder ein Irrweg?, Bonn 2006.
- ² William Easterly, Wir retten die Welt zu Tode, Frankfurt/New York 2006, S.19.
- ³ Vgl. James Shikwati, „Fehlentwicklungshilfe“, in: Internationale Politik 61 (2006), S. 6-15.
- ⁴ Bartholomäus Grill, Wofür das Ganze?, in: „Die Zeit“ vom 11. Januar 2007.
- ⁵ Weltbank, Assessing Aid. A World Bank Policy Research Report, New York/Washington, D.C. 1998.
- ⁶ Hristos Doucouliagos/Martin Paldam, The Aid Effectiveness Literature. The Sad Results of 40 Years of Research, University of Aarhus, Working Paper 2005/15.
- ⁷ Craig Burnside/David Dollar, Aid, Policies, and Growth, in: The American Economic Review 90 (2000), S. 847-868.
- ⁸ Jörg Faust/Stefan Leiderer, Paradoxe Effekte. Befunde zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im statistischen Ländervergleich, in: Eins 9 (2006), S. 34-37.
- ⁹ Vgl. Paul Collier, What Can We Expect from More Aid to Africa? Oxford University/ Centre for the Study of African Economies 2006.
- ¹⁰ Vgl. Thomas Fues/Brigitte Hamm (Hrsg.), Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance, Bonn 2001.
- ¹¹ WBGU, Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik, Heidelberg/Berlin 2005.

- ¹² Vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg 2001.
- ¹³ Vgl. Aktionsplan der Bundesregierung, „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vom 12. Mai 2004, BT-Drucksache 15/5438.
- ¹⁴ Dirk Messner/Imme Scholz (Hrsg.), Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Baden-Baden 2005, Einführung.
- ¹⁵ Vgl. u. a. Klaus Hirsch/Klaus Seitz (Hrsg.), Zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral. Beiträge zur Ethik der Entwicklungspolitik, Frankfurt/London 2005; hier besonders Thomas Kesselring, Wozu Entwicklungspolitik? Ethische Reflexionen, S. 63-81.
- ¹⁶ Kerstin Müller, Entwicklung und Sicherheit in der globalisierten Welt: Neue Herausforderungen für die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, ibidem, S. 37.
- ¹⁷ Vgl. Klaus Seitz, Die Sicherheitsfalle. Weshalb sicherheitspolitische Argumente eine ethische Begründung der Entwicklungspolitik nicht ersetzen können, in: Klaus Hirsch/Klaus Seitz (Hrsg.), Zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral, Frankfurt/London 2005, S. 127-143.
- ¹⁸ Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2006, Chancengleichheit und Entwicklung, Washington, D.C.
- ¹⁹ DFID (Department for International Development), Why We Need to Work More Effectively in Fragile States, London, Januar 2005.
- ²⁰ Vgl. Ulrich Schneckener, Staatszerfall als globale Bedrohung. Fragile Staaten und transnationaler Terrorismus, in: Internationale Politik 58 (2003) 11, S. 11-19.
- ²¹ Vgl. Tobias Debiel/Daniel Lambach/Dieter Reinhardt, „Stay Engaged“ statt „Let Them Fail“. Ein Literaturbericht über entwicklungspolitische Debatten in Zeiten fragiler Staatlichkeit. INEF Report 90/2007, Duisburg; vgl. auch BMZ (Hrsg.), Transforming Fragile States – Examples of Practical Experience, Baden-Baden 2007.
- ²² Vgl. VENRO, Handel – Ein Motor für die Armutsbekämpfung?, Bonn/Berlin 2003; UNDP (UN-Development Programme), Making Global Trade Work for People, New York 2003.
- ²³ Jörg Faust/Dirk Messner, Ordnungspolitische Herausforderungen für eine wirksame EZ, in: Guido Ashoff (Hrsg.), Wirksamkeit der Entwicklungspolitik. Eine deutsche Perspektive, Baden-Baden 2007 (i.E.).
- ²⁴ Vgl. Franz Nuscheler, Plädoyer für eine „German Development Agency“, in: eins, 17/2006, S. 25-27; Manfred Mols, Zehn Thesen zur Debatte um die Reform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, in: eins, 2-3/2007, S. 23-24.
- ²⁵ Rupert Neudeck/Winfrid Pinger, Die Stärke der Armen – die Kraft der Würde. Bericht an die Global Marshall Plan Initiative, Stuttgart/Hamburg 2007.
- ²⁶ Vgl. Franz Nuscheler/Tobias Debiel/Dirk Messner, Globale Verwundbarkeiten und die Gefährdung „menschlicher Sicherheit“, in: Globale Trends 2007, Frankfurt/M. 2006, S. 9-36.

Global Europe – Partnerschaft oder Imperialismus

¹ Art. XXXVI, Abs. 3

² Attac: Die Welthandelsorganisation WTO. Abrufbar unter:
http://www.attac.at/fileadmin/user_upload/Attac_Positionspapiere/Die_Welthandelsorganisation_WTO.pdf

³ Jean Ziegler (2002): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher.

⁴ <http://www.stopepa.de/statement.html>

⁵ “Towards a Grand Strategy for an Uncertain World. Renewing Transatlantic Partnership“. Noaber Foundation 2007. Abrufbar unter

http://www.csis.org/media/csis/events/080110_grand_strategy.pdf

⁶ Annette Groth: Freihandelsabkommen – die Massenvernichtungswaffen Europas
<http://www.attac.at/uploads/media/Cotonou.pdf>

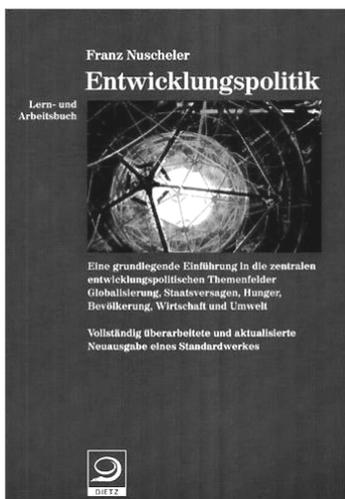
⁷ <http://www.attac.at/2370.html>

Wir danken unseren UnterstützerInnen für Ihren Beitrag zu unserem Jubiläumsfest am 24.10.2008 und zur Realisierung dieser Broschüre.

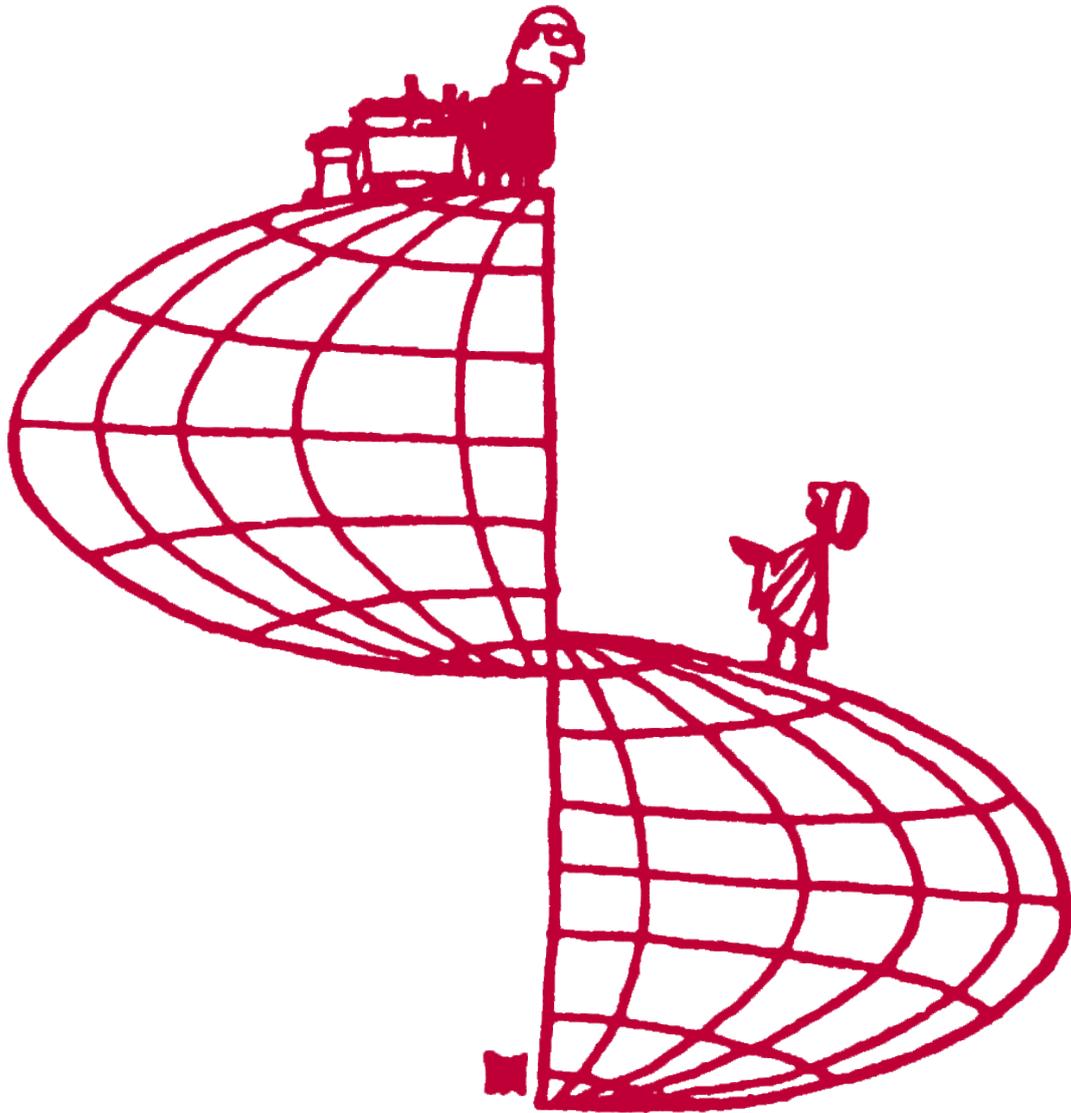


Bischöfliches Ordinariat
Grazer Stadtwerke
KPÖ-Gemeinderatsklub
Steiermärkische Sparkasse

.....für Leseratten:



Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung!



**Anders leben,
damit andere überleben**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung.
Konto: Stmk. Sparkasse 0000-8888, BLZ: 20815
Für den Inhalt verantwortlich: Tina Weisshaupt, Schönaugasse 29, 8010 Graz
Druck: Druckwerk